

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 90 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, 19. April 1934

Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Die Großmächte flüchten Trotzki	Seite 2
Führes Ende des Abcüstungsspiels	Seite 2
Ministerialeat Diel Chef der Gestapo	Seite 3
Auslieferung von vier Jungsozialisten	Seite 3
Vom Kriegsschauplatz der Kichen	Seite 7

## „Freiheit“-Rufe in Wien

### Die Arbeiter sind unbestechlich

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am 12. April hat der angeblich als „Vertreter“ der Wiener Arbeiterchaft ins Rathaus berufene Vizebürgermeister Dr. Winter, ein kaiserlicher Sozialpolitiker, im Volksheim in der Stöbergasse gesprochen. Mit viel Tamtam wurde eine anschließende Diskussion angeregt. Herrn Winters Propagandamacher sind alle Wiener Zeitungen. Er selbst ist Chefredakteur des „Arbeiter-Sonntag“ und verspricht, in Kürze in allen Arbeiterbezirken sich mit den Arbeitern auszusprechen.

Nun, die erste Diskussion im Margarethen war sehr aufschlußreich. Das Mittagsblatt „Die Stunde“, das über diese „hochinteressante“ Versammlung in der Stöbergasse ein wenig ausführlich berichtet, wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Dieser Bericht aber, den ein Teilnehmer der Verlesung schreibt, wird hoffentlich unbeanstaltet erscheinen... Etwa 800 Arbeiter hatten sich eingefunden. Die langatmige Rede mit den vielen Versprechungen und verkehrten Lobhudeleien des — Marxismus (!), die Herr Dr. Winter hielt, wurde mit eifrigem Schweigen aufgenommen.

Der erste Diskussionsredner war ein junger, politisch geschulter Schlosser, der sich zuerst mit folgenden Worten an Winter wendete (der Angeredete wurde sichtlich bleich): „Bitte — ich will reden — aber Sie müssen mir garantieren, daß ich nicht morgen verhaftet werde.“ Lebhafter Beifall. Herr Winter beschwichtigt und sagt zu. Der Arbeiter spricht: „Man verleumdet unsere Bewegung, unsere Führer. Tausende sitzen im Kerker. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung. Wir glauben Ihnen nichts. Sie wollen uns mit schönen Worten einfangen.“ Der Arbeiter redet kurz, leidenschaftlich und schließt mit den Worten: „Wir fordern Amnestie für unsere Genossen. Herr Starheimberg, der mit seinen Heimehrleuten im Jahre 1932 gepöbelt hat, einen Anschlag gegen die Republik ausgab, ist heute einer der Herren dieses Landes. Was geschah den Hochverrättern der Heimwehr, die Geiseln ausgaben, Verhaftungen vornahm, schossen — sie wurden amnestiert oder freigesprochen. In Wien aber wurden bisher schon 200 unserer tapfersten Genossen zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Darüber, meine Herren, wollen wir gern diskutieren...“ Losender Beifall. „Freiheit!“-Rufe. Der diensttuende Polizeioffizier will einschreiten. Herr Winter aber hält ihn zurück. Für ihn gibt es ja — will er nicht ganz blamiert sein, jetzt kein Zurückziehen.

Noch drei Leute sprechen: ein Hilfsarbeiter, ein Student, ein ehemaliger Schußbündler. Der Tenor ihrer Reden? „Der gesamte Parteivorstand ist in Haft und ihr faßelt uns vor, unsere Führer seien geflüchtet?“ — „Man hat das Denkmal der Republik geschändet und Victor Adler geschmährt — so achten Sie die Traditionen der Arbeiter?“ — „Wir haben kein Vertrauen zu dem Major Fey, der mit Kanonen Arbeiterhäuser bombardierte!“

Solche Diskussionsredner hat Herr Winter nicht erwartet.

### Was die österreichische Presse verschweigen muß

11. April: Explosion von Papierrollen in der Stefankirche, in der Michaelerkirche und Petruskirche
12. April: Hissung einer roten Fahne auf dem Musikpavillon im Volksgarten in Wien.
13. April: Vor dem Voebener Schwurgericht sagt der angeklagte Schußbündler W. (der 10 Monate Kerker erhielt) über den bisherigen Führer der heimlichen Schußbündler, Abgeordneten Solomon Wallisch: „Er war ein ganzer Kerl, ein Kämpfer, wir lassen ihn nicht beschimpfen, später einmal, meine Herren, Geschworenen, wird man ihm ein Denkmal setzen!“
13. April: Demonstration der Frauen verhafteter Schußbündler in allen Orten Oberösterreichs.
13. April: In der Nacht zum 13. April wurden die Fenster-scheiben der in den Remisen stehenden Straßenbahnzüge mit revolutionären Flugzetteln besetzt.
13. April: In derselben Nacht wurde ein Schußkorpsmann vom Heimatschutz am Fleischmarkt von drei unbekanntem Männern — „beraubt“. Gestohlen wurden ihm sein Gewehr, sein Revolver, sein Bajonett samt Ueberführung...

### An den Pranger!

Der Chefredakteur der linksgerichteten satirischen Zeitung „Der Gök von Werlichingen“, Herr Theodor Waldau, der den Sozialdemokraten nachließ und um Arbeiterleser warb, ist mit seinem Blatt ins wasserländische Lager gelangt. Reite sich, wer kann! Man wird sich Herrn Waldau merken. Wien gibt acht!!

## Frankreichs Gegenschlag

Ablehnung der britischen Kompromißvorschläge — Deutschland in voller Aufrüstung — Frankreich lehnt die Legalisierung der Vertragsverletzung ab

### Unter diesen Umständen...

Paris, 18. April. In gutunterrichteten französischen Kreisen verläutet, daß die gestern abgegangene französische Note an England drei Schreibmaschinenseiten umfaßt. Die französische Regierung erklärt darin, daß sie trotz der hohen Bewertung der englischen Garantie und der Anerkennung des besseren Verständnisses, das die englische Regierung dem französischen Standpunkt entgegenbringe, nicht ein Abkommen annehmen könne, das die „in Verletzung der Verträge“ vorgenommene Aufrüstung Deutschlands legalisiere. Wenn Frankreich doch zu einem solchen Abkommen geneigt gewesen wäre, dann wäre es infolge der Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben und der deutschen Antwort auf die englische Anfrage in der Rüstungsfrage davon abgekommen. Dadurch, daß Deutschland auf diese Weise öffentlich die beträchtlichen Summen darlege, die es für militärische Zwecke verwende, bekunde es seinen Willen, den früheren Verpflichtungen zum Trotz ohne Umfänge aufzurüsten, ohne auch nur den Ausweg der noch andauernden Abrüstungsverhandlungen abzuwarten.

Unter diesen Umständen könne der Friedenswille Frankreichs nicht durch einen Verzicht auf seine Sicherheit zum Ausdruck kommen. Auch müsse man feststellen, daß die zwischen den Großmächten eingeleiteten zweifelhafte Verhandlungen nicht zum Ziele geführt haben. Also sei es Sache der Abwicklungsautoritäten, und zwar in diesem Falle des Hauptstaatssekretärs, in der Hoffnung auf einen besseren Ausgang die Beratungen wieder aufzunehmen.

Insofern bleibe die französische Regierung der traditionellen

französischen Politik der Bejahung des Völkerbundes treu. Sie hoffe, innerhalb des Hauptstaatssekretärs den Beistand der englischen Regierung im Hinblick auf den Abschluß eines die allgemeine Sicherheit gewährenden Abrüstungsabkommens wiederzugewinnen.

Der Wortlaut der französischen Note soll alsbald veröffentlicht werden, wenn London mit der Veröffentlichung einverstanden ist.

Im Zusammenhang mit vorstehenden Gedankengängen soll der französische Außenminister Barthou bei Ueberreichung der Note dem englischen Geschäftsträger das Bedauern der französischen Regierung zum Ausdruck gebracht haben, daß sie nicht in weniger kategorischer Form auf die Ausgleichsbemühungen der englischen Regierung habe antworten können, deren Bedeutung und deren freundschaftlichen Charakter sie schätze. Sie hoffe jedoch, daß die Beweggründe ihres Entschlusses bei England Verständnis finden werde.

### Nein!

#### Die französische Stellung

Paris, 18. April. Die Stellung Frankreichs kommt am deutlichsten im „Matin“ zum Ausdruck, der schreibt, es lägen nicht mehr nur Vorbehalte gegen die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages vor, sondern Deutschland habe durch seine Rüstungsausgaben selbst unverblümt eingestanden, daß es keine Rüstungen erhöhe. Infolge-

Fortsetzung siehe 2. Seite

## Gestern und heute

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ standen kürzlich ein paar merkwürdige Sätze. Man kann sie in gewisser Hinsicht das Wichtigste nennen, was seit fünfviertel Jahren in der deutschen Presse stand, und der Leser wird gebeten, sie dementsprechend mit Nachdenken zu lesen. Der Hauptschriftleiter persönlich hat sie, sorgfältig in einem langen Leitartikel eingebunden, auf das deutsche Volk losgelassen, und Göbbels muß einen besonders milden Tag gehabt haben, als er sie vorbeilaufen ließ:

„Die Regierung“, schrieb das Blatt, „hat viel, sehr viel zu tun, und mancher mocht es sich heute zu leicht, wenn er seinen eigenen Mangel an Initiative achselzuckend wegerklären möchte: „Ja, die Regierung!“ Die böse Regierung wird heute gern für alles mögliche verantwortlich gemacht, bloß weil in den Köpfen häufig der Totalitätsgedanke in mißverständlicher oder verzerrter Gestalt herumspukt.“

Das stand wörtlich in einer gleichgeschalteten deutschen Zeitung: „... die böse Regierung.“ Man versteht wohl: der Schreiber wollte nicht selbst behaupten, daß nach seiner Meinung die Regierung böse sei. Er wollte bloß möglichst sanft sagen, daß alles der Regierung böse ist und auf sie schimpft.

Das ist ein Zustand, der im Rundfunk bekanntlich so beschrieben wird: „Noch niemals war eine Regierung so vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen wie die unsere.“

An dieser Stelle ist immer vor leichtfertigen Optimismus gewarnt worden. Aber es läßt sich ja nicht mehr gut bestreiten, daß das Regime in Deutschland gegenwärtig eine Vertrauenskrise durchmacht. So etwas kommt vor und geht auch wieder vorbei, mit ein bißchen Glück. Die Weimarer Republik hat in vierzehn Jahren nie richtiges Vertrauen genossen; am wenigsten bei ihren eigenen Anhängern, am meisten noch bei gewissen Gegnern, die sich unter ihr sehr wohl befanden. Und beispielsweise Wilhelm II. hat mindestens seit 1908 kein Vertrauen mehr besessen, was ihn nicht gehindert hat, den Weltkrieg persönlich zu verlieren und dann in Holland die erste deutsche Emigrantenkolonie zu begründen.

Wir möchten ja nun nicht, daß Adolf Hitler zum gleichen Zweck erst einen Krieg verliert; wir könnten uns auch ohne das von ihm trennen. Wir sind andererseits darauf gefaßt, daß er wegen des bißchens Schimpfens nicht weggehen wird; wenn es hart auf hart geht, hat er bewiesen, daß er noch besser schimpft als die meisten andern. An der Unzufriedenheit in Deutschland wird das Regime nicht zugrunde gehen; darüber wäre demnächst einmal ein sehr ernstes Wort zu reden. Namentlich auch darüber, was wir bei der ganzen Sache eigentlich getan haben. Es ist ja gut, wenn der Gegner schwankt, aber es ist noch besser, wenn man ihn stößt.

Nein, die ersten rauhen Windstöße werden das junge Bäumchen noch nicht entblättern. Aber der erste Blütenstaub ist weg.

Für alles mögliche wird die böse Regierung verantwortlich gemacht — schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Das ist wirklich schon alles mögliche, wenn man bereits andeutet muß, daß es in Deutschland alles mögliche gibt. Und wer dachten in unserer Einfalt immer, es gäbe nur Begeisterung, Einigkeit, glühenden Opferwillen und ein Schreiten von Sieg zu Sieg. Statt dessen gibt es alles mögliche, und da die Regierung so lieblos dafür verantwortlich gemacht wird, scheinen es Dinge zu sein, von denen es früher immer hieß, daß sie unter Hitler unmöglich wären.

Das Blatt nennt das zarterweise den „Totalitätsgedanken in mißverständlicher Gestalt“. Wißt ihr, was das auf einfältiges Deutsch heißt? Dies: die Regierung kann eben auch nicht alles, was sie versprochen hat, und wer ein braver Untertan ist, nimmt sie nicht beim Wort. Außerdem könnte das vorläufig für den Betroffenen noch sehr unangenehm werden.

Wenn man früher einmal einem begeisterten Gleichgeschalteten eine der vielen Unvollkommenheiten des braunen Regimes nachwies, sagte er: der Führer weiß das nicht. Später hieß es: der Führer will das nicht. Heute klagen sie schon: der Führer kann das nicht.

Bis es eines Tages eben doch heißt: Der Führer läßt sich entschuldigen — er ist zu Schiff nach Holland. Arjos.

## Eine Schamlosigkeit

Das hessische Staatspresseamt zu einem Liebesverhältnis

Darmstadt, 18. April. Das Staatspresseamt gibt bekannt: „Der 17-jährige jüdische Kaufmann Willi Bendorf aus Ober-Ramstadt wurde zum Schutze seiner eigenen Person am 11. April dem Staatspolizeigefängnis zugeführt, weil er mit der 17-jährigen Deutschen Emma Katharina Rehr aus Ober-Ramstadt geschlechtlich verkehrt hatte. Der Name der Rehr wird deshalb veröffentlicht, weil sie dem Begehren des Juden keinerlei Widerstand entgegensetzte und damit ihre Pflichtvergessenheit gegenüber ihrer Rasse zum Ausdruck brachte.“



# Frankreichs Gegenschlag

Vortsetzung von der 1. Seite.

dessen könne Frankreich England nur mit einem Nein antworten, was natürlich spätere Verhandlungen nicht ausfallen könne. Frankreich wolle die Abrüstung verfolgen, und es könne auf dieses Ziel nicht verzichten, wenn es tatsächlich oder rechtlich die Abrüstung irgendeiner anderen Macht gutheisse. Frankreich könne also nicht, was England wünsche, selbst neue Opfer bringen und gleichzeitig die in Verletzung aller Verträge vorgenommene deutsche Aufrüstung hinnehmen. Es könne ebenso wenig die italienische These annehmen.

„Journal“ schreibt, der Frontwechsel, den die französische Regierung gegenüber England vorgenommen habe, sei eine heikle Partie ein. Es sei schwer, Verzögerungen wieder einzuholen. Die Gelegenheit, Deutschland in flagranti beim Betrug zu erwischen, habe sich am 14. Oktober 1933 ergeben, als Hitler der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund den Rücken lehrte. Seitdem seien aber die deutschen Vertragsverletzungen nicht nur unbeirrt geblieben, sondern man habe auch noch die Verhandlungen fortgesetzt. Die deutsche Antwortnote auf die englische Anfrage wegen der Aufrüstungsausgaben sei das flagranteste Eingeständnis der Aufrüstung.

Die Haltung Deutschlands ändere die Richtlinien der Verhandlungen des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz. Frankreich bringe die Angelegenheit also in Genf vor, statt

mit den Engländern und Italienern über die durch die deutsche Aufrüstung geschaffene Lage zu verhandeln. Nur durch eine eingehendere vollkommene Ohnmacht könne die Völkerkonferenz jetzt noch einen gefährdeten Kompromiß auf dem Wege gehen. Wenn Frankreich Herr seiner Rüstungen bleiben wolle, sei das das Mittel dazu zu gelangen. Aber Frankreich müsse sich auch wirklich davon überzeugen, daß das sein Ziel sei.

Der „Petit Parisien“ erklärt, angesichts der auflebenden Haltung Deutschlands nicht nur gegenüber den Bestimmungen der Verträge, sondern auch gegenüber den von Deutschland selbst angenommenen Entschliessungen der Abrüstungskonferenz könne künftig niemand mehr daran denken, ein Abkommen zur Herabsetzung der Rüstungen auszuarbeiten und durch bestimmte Sanktionen seine strikte Durchführung zu garantieren. Es sei daher besser, durch den Hauptauschuss seine Unmöglichkeit festzustellen.

Das „Echo de Paris“ erklärt, angesichts der klareren Vertragsverletzung sei eine Legalisierung dieser Verletzung nicht möglich, solange Frankreich zu den Erfüllungsgarantien nicht mehr zu fassen. Die Achtung der internationalen Verpflichtungen sei die unerlöschliche Grundlage des Friedens. Wenn Frankreich so die Verhandlungen über die Aufrüstung Deutschlands herbeiführt hätte, würde die Aussprache über die Ausdehnung dieser Aufrüstung und die Erfüllungsgarantien zu entlosen, unheimlichen, mühevollen Verhandlungen geführt haben. Ein Vertrag sei wertlos, er ist nur als die Fortsetzung der einseitigen Aufrüstung Deutschlands.

Zimmer des Großrabbiners ein, um sich zu überzeugen, daß er selbst nicht in der Lage sei, das Schreiben auszufertigen. Dann drohten sie der Tochter erneut. Sie weigerte sich nochmals. Daraufhin schloß einer der Hitlerpartisanen zwei Schüsse auf die Tochter ab, die ihr den Oberarm zerstückte. Unmittelbar darauf wurde aus Furcht vor weiteren blutigen Überfällen der noch schwerverletzte, hochbetagte Großrabbiner in Treppe gewickelt, von Freunden aus dem Haus getragen. ... Fräulein Frankel wies besonders darauf hin, daß die Mißhandlung des Großrabbiners nur einen kleinen Ausschnitt aus der Gesamtheit des Hitlerterrors bildet und daß ihrer Solidarität mit allen eingekerkerten und verfolgten Antifaschisten Ausdruck. Ein Vertreter der französischen katholischen Gruppe schloß sich dieser Solidaritätserklärung im Hinblick auf die in Deutschland unterdrückten Katholiken an. Dann sprach Jean Cassou, der bekannte antifaschistische Schriftsteller, der den zahlreichen Anwesenden, unter denen sich der ehemalige Bildungsminister Borel befand, aus eindringlicher die Gefahr schilderte, in der sich der Führer der SPD, Ernst Thälmann, gegenwärtig befindet. Die Versammlung, die auf den 18. Geburtstag Thälmanns fiel, schloß einstimmig, im Namen der französischen und deutschen Antifaschisten ein Begrüßungstelegramm an Thälmann abzuschicken und ihn des Kampfes um seine Befreiung und die Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten zu versichern.

## Sturm auf eine katholische Zeitung

Alle Scheiben krachen — „Wir schlagen zu“ — und die Folgen

Mannheim, 17. April 1934.

In Mannheim ist es in den Vormittagsstunden des 17. April zu großen Demonstrationen gekommen, die eine ungeheure Aufregung in der Stadt hervorriefen. Unter Führung von SA-Leuten erschien vor der früheren Zentrumszeitung in Mannheim, dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“, eine große Menschenmenge, die sofort eine drohende Haltung einnahm. Laute Hurrae erklangen: „Nieder mit den konfessionellen Zeitungen!“ Schmährchen, die sich teilweise nicht wiedergeben lassen, wurden ausgedrückt. Erst als sämtliche Fensterhebeln des Verlagsgebäudes eingeworfen waren, schritt die Polizei ein. Verhandlungen wurden nicht vorgenommen. Aber das Gebäude des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ wurde polizeilich geschlossen.

Es handelt sich um eine wohlorganisierte und wohl vorbereitete Aktion, hinter der die verantwortlichen Leute der Mannheimer Nazileitung, vor allem aber ihr offizielles Blatt, das „Hakenkreuzbanner“, stehen. Am Morgen des 17. April wurde eine ganze Seite der Hebe gegen die katholische Presse gewidmet. Immer wieder trat hier der alte Zentrumsgeist zutage, so heißt es darin: Diese Presse müsse verschwinden und deutschen Zeitungen Platz machen. Noch heute wage es das „Neue Mannheimer Volksblatt“, das ehemalige Organ der heiligen Zentrumspartei, als katholische Zeitung für sich zu werben. Am Schluß heißt es in ganz unmissverständlicher Aufforderung: Hier stehen Saboteure am nationalsozialistischen Aufbau. Hier wird der nationale Einheitswille des deutschen Volkes mit Füßen getreten. Hier wird getrennt in katholische und nichtkatholische Volksgenossen und Zeitungen. Wir haben es endlich satt, weiterhin dieses Schindluderstück mit anzusehen. Wir schlagen zurück.“

Wenige Stunden später wurden dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“ die Scheiben eingeschlagen. Die Zusammenhänge sind also klar.

## Aus dem Hause herausgeholt!

Die Vorgänge in Mannheim waren noch viel schlimmer, als unsere obige Meldung besagt. Das „Hakenkreuzbanner“, also das Blatt, das zu dieser Attentat Anlaß gab, berichtet selber darüber:

„In der heutigen Frühstunde hat sich das „Hakenkreuzbanner“ in einer längeren Abhandlung mit voller Verbrennung gegen die unethischen Werbemethoden des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ gewandt. Diese Art Werbung stellt eine bewusste Sabotage der Bestimmungen der Reichspressenkammer sowie des Zeitungsverlegerverbandes dar und ist als solche unter allen Umständen zu unterbinden. Dies war auch der Zweck dieser offenen Stellungnahme, die allerdings unter der Mannheimer Beobachtung große Erregung und Unruhe hervorrief. Dies geschah in spontaner Weise heute vormittag vor dem Gebäude des „Neuen Mannheimer Volksblattes“, vor dem sich eine große Menschenmenge zu einer demonstrativen Mißbilligungsbekundung einfinden und eine überaus bedrohliche Haltung annahm. Die Auslagenscheiben wurden zertrümmert und die Zeitungen herabgerissen. Durch den plötzlichen Angriff, der zugleich eine Abriegelung SA., die von einer örtlichen Unterabteilung kam, gerade die Straße passierte, konnten weitere Ausschreitungen verhindert werden. In einer Zusammenarbeit mit der fast gleichzeitig eingetroffenen Polizei wurde die Straße abgeriegelt. Vier Mitglieder des Verlags und der Redaktion wurden aus dem Zeitungsgebäude herausgeholt und zum Schutz der eigenen Person in die O. S. Wache übergeführt, begleitet von geharnischten Schimpfworten des erregten Publikums. Wie wir noch kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat das „Neue Mannheimer Volksblatt“ sein Erscheinen für heute eingestellt.“

## Erwerbsloser tötet seine beiden Kinder und sich

DNB. Dresden, 18. April. Am Dienstag gegen 20 Uhr hat der in einem Hause in der Handstraße wohnende 33-jährige alte Putzmaiergehilfe Görner, der seit drei Jahren erwerbslos ist und vor einem halben Jahre seine Frau durch den Tod verloren hat, nach einem vorausgehenden Wortwechsel mit seiner Frau seine acht- bzw. sechsjährigen Söhne Manfred und Harry, die schlafend im Bett lagen, mit einem Beil erschlagen. Görner tötete sich dann durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

In der Familie Görner gehörte noch ein sechsjähriges Mädchen aus der ersten Ehe, das ebenfalls im Schlafzimmer war. Dieses Kind ließ Görner unverletzt. Bei der Tat war die Frau Görners anwesend. Sie benachrichtigte sofort die Polizei.

# „Jähres Ende“

Barthou weist auf die Bedrohung Londons hin

London, 18. April. Eine Neutermeldung bestätigt, daß Außenminister Barthou dem britischen Geschäftsträger gegenüber sein Bedauern ausgedrückt habe, daß Frankreich sich in einer weniger kategorischen Art auf die britischen Versöhnungsbestrebungen zu antworten, deren Bedeutung und freundschaftlichen Charakter er zu würdigen wisse. Barthou habe hinzugefügt, er hoffe indessen, daß die Beweggründe der französischen Entscheidung in Großbritannien Verständnis finden werden und daß trotz britanniens die Gefahren der deutschen Aufrüstung und besonders die Gefährdung Londons durch die deutschen Forderungen richtig eingeschätzt werden.

In einer Rede in Hammermith, wo eine Erbschaft zum Parlament bevorsteht, sagte Lord Selkirk-Gedon, seine Delegation habe energischer und beharrlicher auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz hingewiesen als die britische. Niemand bedauere ihren Scheitern mehr als er.

Der liberale „New Chronicle“ erklärt, Frankreich habe die Abrüstungsabreden zu einem lächerlichen Ende gebracht und den deutschen Beharrlichkeit dabei als Vorwand benutzt. Die Extremisten der Rechten hätten die gemäßigteren Mitglieder des Kabinetts mit sich fortgerissen. Es sei

eine Note nach London geschickt worden, die tatsächlich den ganzen Besprechungen ein Ende bereite.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ will wissen, daß die französische Note ein förmliches Versprechen britischen Beistandes an Frankreich im Falle der Not und ein Versprechen militärischen Vorgehens im Falle einer Verletzung des Abrüstungsabkommens durch Deutschland fordere, und daß sie die Zulage wirtschaftlicher Sanktionen für ungenügend erklärt. Es scheint, daß das Äußerste, was Frankreich zugestehen wolle, 1. eine leichte Erhöhung des deutschen Kriegsmaterials sei, die durch die Umwandlung der Reichswehr in eine Miliztruppe ausgeglichen werden soll, und 2. eine Begrenzung der französischen Rüstungen auf dem letzten Niveau. Der Mitarbeiter fügt hinzu, für eine Vereinbarung auf dieser Grundlage dürfte zwischen London und Paris, von Berlin und Paris ganz zu schweigen, keine Möglichkeit bestehen. Der französische Plan sei jetzt, die Abrüstung vollständig beiseite zu schieben und ein Bündnis mit Großbritannien zur Aufrechterhaltung und Unterstützung einer überwältigenden militärischen Überlegenheit Frankreichs gegenüber seinen Nachbarn zu erlangen.

# Großmächte fürchten einen Mann!

Internationale Netze gegen Trotzki

DNB. Paris, 17. April. Der Dienstag vormittag zusammengetretene Ministerrat hat beschlossen, die Aufenthaltsgenehmigung für Leo Trotzki, die der damalige Innenminister Comantemps bewilligt hatte, rückgängig zu machen, da Trotzki die Neutralitätsverpflichtung, zu der er sich bereit erklärt hatte, nicht erfüllt habe.

## Der permanente Revolutionär

Paris, 18. April. Das „Journal“ behauptet, daß Trotzki in den Februartagen, als sich in Paris die Straßennunruhen ereigneten, keinen geringeren Plan gehabt habe als den einer Revolution zu entfesseln, die in eine Trotzki-Diktatur über Frankreich hätte ausmünden sollen. Die von Trotzki inspirierte Wochenchrift „La Verite“ sei in den kritischen Februartagen zu einer täglich erscheinenden Zeitschrift geworden. „La Verite“, die sich als Organ der kommunistischen Liga der französischen Abteilung der internationalistisch-kommunistischen Liga bolschewistisch-leninischer Tendenz bezeichnet, habe vor allem in Frankreich anläßlich italienische Arbeiter für eine Revolution in Frankreich gewinnen wollen.

Das „Journal“ berichtet übrigens, daß es Trotzki schwer werden dürfte, das Land zu bekommen, in das er nach seiner Ausweisung aus Frankreich zu reisen wüßte, denn die meisten Grenzen seien ihm verschlossen. Ein Gewährsmann aus der Umgebung Trotzki habe erklärt, daß die Sowjetbolschewisten in den verschiedenen Ländern stets bei den herrschenden Regierungen, bei denen Trotzki um eine Aufenthaltsgenehmigung einkommen, vorkäuflich wurden, um einen ablenkenden Beschäftigung herbeizuführen.

Auf eine Anfrage von Journalisten beim spanischen Innenministerium, ob es den Tatsachen entspreche, daß Leo Trotzki seinen Wohnsitz nach Spanien verlegen werde, wurde geantwortet, daß Trotzki keine Aufenthaltsgenehmigung für Spanien nachgesucht habe, daß er aber allerdings die Absicht haben solle, Frankreich in Richtung nach Spanien zu verlassen.

## Berlin macht gruselig

Berlin, 17. April.

Ein sehr interessanter Vorgang und ein großes Schauspiel zugleich: Als Deutschland gegen die Kommunisten und Propagandare des Bolschewismus vorging, entrißte man sich vor allem in Frankreich. Heute sieht Frankreich seine innere Sicherheit bedroht, weil es plötzlich in seiner Mitte Trotzki entdeckt hat. Man schreibt nach Schw. nach Ausweisung des gefährlichen Mannes. Fühlt man endlich die Gefahr am eigenen Leib?

Trozkis soll nicht einmal nach Korsika zurückkehren dürfen. Man erzählt denn auch, daß er nach Holland überausiedeln gedenke. Aber die holländische Regierung erklärt, sie könne ihm keinesfalls ein Asyl zusichern.

Ueber die Tätigkeit Trotzki's erzählt man aus amerikanischen Meldungen: Nach ihnen hat der Mitarbeiter Trotzki's, der Amerikaner Cahmann, der Uebersetzer seiner Werke, erklärt, die vierte Internationale betreibe die Retrospektive und stelle den linken Flügel der Kommunisten dar, der in scharfer Opposition zu Moskau stehe.

Diese vierte Internationale sei zwar noch nicht ins Leben gerufen, werde aber in den nächsten Jahren unter der Führung Trotzki's in allen Ländern organisiert werden. Weiter erzählt man, daß die Trotzki-Anhänger unter dem Titel „Kommunistische Liga für Amerika“ heute in Amerika bereits eine Wochenzeitschrift herausgeben. Man nimmt an, daß die amerikanische Regierung sich alsbald mit dem unjuristischen Treiben der Trotzki-Beute befassen wird.

Auch aus Schweden laufen Nachrichten ein, wonach dort die Behörden großen kommunistischen Umtrieben auf die Spur gekommen sind. Am Artilleriedepot von Wänerberg seien große Diebstähle an Munition, Waffen und technischen Geräten aufgedeckt worden. Mehrere Soldaten wurden verhaftet, die Mitglieder der kommunistischen Partei sind.

Sie schilderte, wie Nazis in die Wohnung ihres Vaters einbrachen, wie sie den hochbetagten Seelforger niederschossen, daß der Körper im Blut schwamm, wie sie Wohnung und alle Vorkosten demolierten und sie dann mit der Fensterbemerkung: „Der hat genug“ entsetzten.

Wochenlang lag der hochbetagte Rabbiner zwischen Tod und Leben. Gemeindemitglieder schafften Wände und Stühle heran, mit denen die Türen des Hauses, in dem der Schwerverletzte lag, wie mit Barrikaden versehen wurden, damit ein neuer Einbruch verhindert werde. Trotzdem erkrankten nach einigen Wochen erneut sieben „Hilfspolizisten“ und forderten die Tochter an.

Eine schriftliche Befragung des Inhalts auszufertigen, daß ihr Vater von Juden oder — wenn ihr die Formierung besser passe — von Kommunisten oder Sozialisten niedergeschossen worden sei — ganz gleich von wem, nur nicht von Nationalsozialisten, denn das seien Männer der Ehre.

Als die Tochter sich weigerte, fragten die Nazis in das

# Martern des greisen Großrabbiners

Die gleichgeschaltete Schandpresse versuchte die Existenz des Opfers der braunen Banditen abzuleugnen

Im Saal der Societe pour l'Encouragement de l'Industrie fand ein Empfang für eine Anzahl französischer Antifaschisten aus Anlaß der Durchreise des ehemaligen Großrabbiners aus Berlin Hans Frankel, statt. Großrabbiner Frankel, dessen Erfinden von der nationalsozialistischen Presse einfach geleugnet wurde, nachdem der von Nazis verübte Mordversuch bekannt geworden war, vermochte trotz seines hohen Alters und schwerer Krankheit das Ehrenpräsidium dieser Sitzung einzunehmen. Unter dem Präsidium von Prof. Henri Wallon (Zoborner) und dem bekannten französischen Schriftsteller Edmond H. Log, einem der besten Kenner jüdischer Fragen, gab nach einer zündenden Einleitungsansprache Lecahes, des Präsidenten der Internationalen Liga gegen den Antifaschismus, die Tochter des Großrabbiners im Namen ihres Vaters eine erschütternde Darstellung der an ihnen verübten Gewalttätigkeiten. Sie erklärte, daß ihr Vater sich entschlossen habe, vor die Öffentlichkeit zu treten, um die Welt gegen die ungeheure Barbarei aufzurufen, die in Deutschland geherrscht habe und fortgesetzt noch herrsche.



# Der Chef der Gestapo

## Eine Skizze, kein Charakterbild

Der Name Diels war vor der Hitlerdiktatur in der deutschen Öffentlichkeit unbekannt. Heute bedeutet Diels so viel wie Geheime Staatspolizei (Gestapo), bedeutet Kolumbiabaus, ein Wort, das in Deutschland nur geflüstert wird.

Nie hat Diels eine nationalsozialistische Wahrheit gehalten, nie zählt er zu den Größen der Partei, als sie unter Hitlers Führung die Weimarer Republik berannte. Er stand sichtbar jenseits der Barrikade. Der demokratische Staatssekretär Abegg hat ihn, der

### Das demokratische Parteibuch in der Tasche

hatte, im Jahre 1930 als seinen Vertrauensmann in die politische Polizei des preussischen Innenministeriums geholt. Im Demokratischen Klub in der Viktoriastraße lernten die Berliner Demokraten den jungen, schlanken, gut angezogenen Assessor kennen und freuten sich über den Zuwachs an Macht, den ihnen diese Berufung zu bringen schien. Man lud ihn ein, dahin und dorthin, und da er gute Manieren, ein beschönigtes Wesen, ein eigenes Auto und als Frau eine Tochter der Köhnen-Mannessa hatte, fand Abegg für die glückliche Auswahl, die er da getroffen hatte, bei seinen Parteifreunden volle Anerkennung.

Es dauerte nicht lange, so mußte Diels auch schon allein mit Parlamentariern, Redakteuren und Parteifreunden verhandeln, denn

auf keinen andern Beamten der politischen Polizei glaubte Abegg sich mehr verlassen zu können

als auf diesen fleißigen, gewandten Parteifreund. Langsam, ganz langsam machte Diels sich breit. Nicht, daß er sich mit spitzen Ellenbogen durchgedrängt und sich Feinde gemacht hätte, um möglichst schnell Karriere zu machen — Diels hatte keine Ellenbogen. Wie ein Kal schlängelte er sich überall durch und gedieh dabei. Von früh bis abends war er im Ministerium anzutreffen, immer versprach er zu helfen, den Kommunisten wie den Nationalsozialisten, und wenn die Hilfe dann ausblieb, waren eben Mächtigere seinen Intentionen nicht gefolgt. Nie verläumte er, derartige Andeutungen ins Gespräch einzuschieben.

Diels war ein Wundermann. Niemanden im Preussischen Landtag konnte entgehen, daß zwischen dem demokratischen Staatssekretär Abegg und seinem Leiter der Polizeibehörde, dem Ministerialdirektor Klausener, einem fanatischen Zentrumsmann und Vorkämpfer der katholischen Aktion, das denkbar schlechteste Verhältnis herrschte. Die Ministerialbürokratie war in zwei Lager gespalten und man konnte sicher sein, von Abegg über jeden Ministerialbeamten stets das entgegengesetzte Urteil zu erhalten wie von Klausener und umgekehrt.

Nur Diels machte eine Ausnahme. Auf ihn schworen beide. Klausener behandelte ihn als seinen besten Vertrauensmann

und ließ sich davon auch nicht abbringen, als Abeggs Vertrauen zu Diels von Tag zu Tag wuchs. Als Zentrumsabgeordnete ihren Parteifreund Klausener vertraulich warnen, lachte der Polizeigewaltige und versicherte ihnen unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit, daß er täglich mit Diels unter vier Augen lange Gespräche habe und gerade dadurch stets wisse, was der Staatssekretär in seiner Zentrumseindlichkeit plane.

Der 20. Juni 1933 riß jäh den Vorhang von dieser Idylle. Ueber Nacht war durch den Staatsstreich Papens Abegg jeder staatlichen Macht entkleidet. Ein konservativ-reaktionäres Regime setzte ein, der Eiferner Oberbürgermeister Bracht wurde Vogt im Preussischen Innenministerium und die „Säuberung“ der Behörden von Republikanern begann. Abegg wurde entthront, Klausener verfehlt. Und Diels, beider Freund? Er wurde

der engste Mitarbeiter von Bracht.

Mit ihm beriet der neue Mann, wie sich bald zeigte, die Durchführung des Ausnahmezustandes. Wer im Ministerium des Innern vorsprach und Bracht nicht erreichte, ging, wie früher, wenn er Abegg nicht erreicht hatte, zu Diels, der nach wie vor gut unterrichtet war, denn niemand hatte auch so gute Beziehungen zur Reichswehr wie dieser jüngste Beamte der politischen Abteilung. Und die Reichswehr war der Träger des Ausnahmezustandes. Sie hatte Bracht gesagt, daß er sich auf Diels verlassen könne.

Das offene Haus, das der reiche Schwiegersohn der Schwer-

industrie geführt hatte, begann sich bezahlt zu machen. Schleicher hatte durch Diels stets erfahren, was seine Gegenspieler in Preußen planten, denn beim Glase Wein machte Diels aus seinem Herzen erst recht kein Geheimnis. Warum soll man auch den Freunden des Hauses nicht mit Vertrauen entgegenkommen? Bei einer Zigarre läßt sich harmlos erzählen, wie Abegg mit Torgler verhandelt habe, um die Kommunisten gegen gewisse polizeiliche Zugeständnisse zu einer parlamentarischen Unterstützung des Kabinetts Braun zu bewegen. . . Die Reichswehrmajore gingen immer zufriedener nach Hause und

die Bendlerstraße war von der Unentbehrlichkeit ihres Diels genau so überzeugt wie Abegg und Klausener,

bei denen sich Diels am nächsten Morgen wie immer einfindet und gut dosierte Mitteilungen aus dem Reichswehrministerium überbrachte.

Als die Regierung Braun-Hirthfelder an den Leipziger Staatsgerichtshof appellierte und die angebliche Unterredung Abegg-Torgler-Diels die Hauptstütze der Klagebeantwortung des Reiches bildete, hatte die Pöge längst ihre Schuldigkeit getan. Bracht sah in dem Ministerfestel und nach Diels Meinung konnten nur Schwachköpfe glauben, daß eine Widerlegung des Rad der Geschichte zurückdrehen würde.

Bracht kämpfte einen verzweifeltten Kampf gegen die Nazis und scheute die Feindschaft mit Papen nicht, als er sich für Schleicher entschied.

Jede Phase dieser Entwicklung hat Diels als die rechte Hand Brachts miterlebt und beeinflusst. Als Bracht unter Schleicher seinen politischen Höhepunkt erreichte und seine politische Polizei die Querverbindung Papen-Hitler-Baron Schröder zu überwachen hatte, war es Diels, auf den sich der rücksichtslos brutale Bracht verließ. Er hätte nicht einen Augenblick gezögert zuzupacken, wenn Diels es geraten hätte. Als sich daher Ende Januar 1933 der Kampf zwischen Schleicher und Papen aus äußerster Anspannung, Schmutzleihe mancher der Wissenden bei dem Gedanken, daß der Sieg Papens auch den Sturz von Diels bedeuten würde. Und gar wenn die Nazis ans Ruder kommen würden. . . Nie würden die ihm vergeben, daß er die Röhmbriefe der Pinken in die Hand gespielt hatte!

Schleicher stürzte, Hitler kam und Göring zog ins Preussische Polizeiministerium ein. Seine erste Regierungshandlung war die Bildung eines Geheimen Staatspolizeiamtes mit unerhörten Vollmachten nicht zur Bekämpfung, sondern zur Vernichtung der politischen Gegner. Zum Leiter dieser großen neuen Behörde aber wurde ernannt — der Oberregierungsrat Dr. Diels.

Severing verraten, Abegg verraten, Klausener verraten, Papen verraten, Bracht verraten, Schleicher verraten!

Göring mußte, warum er sich diesen Mann auswählte. Zu dem Amt, das Diels heute hat, muß man durch einen solchen Sumpf von Verrat gewatet sein, um ihm gerecht zu werden.

Augenblicklich scheint Diels wieder zu schwanken. Aber es scheint nur so! Längst hat er den Anschluß an Hitler gefunden, um bei einem Sturz Görings nicht mit in den Strudel gerissen zu werden. An weitere Veränderungen in der nächsten Zeit glaubt er nicht. „Sie werden eines Tages auch noch um einen Kopf kürzer werden“, hat ihm mutmaßend erst vor kurzem ein deutschnationaler Zugerufen und ihm seine Verräterei vorgehalten, als ihm Diels auf Grund von Spitzberichten vorwarf, er versuche die deutschnationale Partei wieder aufzubauen. Diels blieb liebenswürdig und da das Gespräch keine Zeugen hatte, antwortete er verbindlich: „Warum soll gerade ich einen Kopf kürzer werden? Der große Tauslerand ist genau so im Bett gekorbten wie der kleine Fouché.“

## Doch Abschied?

Berlin, 19. April. Der dem Chef der Gestapo Ministerialrat Diels bewilligte Urlaub scheint sich nun doch zu einem Urlaub von seinem Amt zu gestalten. Diels soll Regierungspräsident in Köln werden. Kein äußerlich betrachtet, ist das eine Beförderung, da der Regierungspräsident in der Beamtenhierarchie einem Ministerialdirektor gleich steht, während Diels jetzt nur Ministerialrat ist. Politisch gesehen, ist es zunächst ein Abstieg, da der Chef der Gestapo natürlich eine ganz andere zentrale Bedeutung hat als der Chef des Regierungspräsidiums in Köln.

# Zur Auslieferung von vier Jungsozialisten

## Kein Ruhmesblatt für die holländische Regierung

Man erinnert sich, daß neulich vier junge deutsche Sozialisten durch den Bürgermeister von Laren in Holland an die deutsche Grenzpolizei ausgeliefert worden sind.

Auf die telegraphische Anfrage des Abgeordneten Eneplet und auf die Interpellation des Abg. Bliegen wegen der Auslieferung der vier Jungsozialisten durch den Larenen Bürgermeister an die Hitlerpolizei am 26. 2. 1934 hat der holländische Justizminister folgende ausführliche Antwort schriftlich gegeben:

1. Eine Untersuchung des Unterzeichneten hat ergeben, daß tatsächlich einige Deutsche von der Larenen Ortspolizei an die deutsche Grenze gebracht worden sind. Dies ist geschehen auf Grund des Artikels 9 der Fremdenordnung und nicht auf Grund des Artikels 12. (Anmerkung: Artikel 12 betrifft die Ausweisung Fremder mit Aufenthaltserlaubnis, Artikel 9 solche ohne Aufenthaltserlaubnis.)
2. Es gehört zu den Befugnissen der Ortspolizei in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Bestimmungen in erster Instanz zu entscheiden, wie die Ausweisung zu erfolgen hat.
3. und 4. Beim Verhör haben alle vier oben erwähnten Ausländer zu erkennen gegeben, daß sie in Deutschland nicht getan hätten, auf Grund dessen sie nach ihrer Auffassung gemahregelt werden könnten. Keiner von ihnen hat angegeben, daß er aus Deutschland geschnitten sei, niemand hat sich auf das Asylrecht berufen. Eine Ausweisung nach einem anderen Land als dem

ihrer Nationalität hätte aus völkerrechtlichen Gründen schwerlich geschehen können und würde auch leicht auf praktische Schwierigkeiten, die auf der Hand liegen, gestoßen sein.

Auf Grund des Vorkommenden kommt der Unterzeichnete zu dem Urteil, daß es gänzlich unmöglich ist, daß die Ausweisung an sich für die Betroffenen unangenehme Folgen einschließt.

Inzwischen haben diejenigen, die sich berufen glaubten, für die vermeintlichen Interessen der Fremden eingetreten, in der Öffentlichkeit ein großes Aufsehen gemacht. Der Unterzeichnete vermag nicht zu beurteilen, inwiefern dieses Aufsehen für die Betroffenen politische Folgen nach sich zog. In jedem Fall muß die holländische Regierung die Verantwortung ablehnen.

Im übrigen will der Unterzeichnete noch bemerken, daß Fremde, die in einer Weise wie die Oben genannten — sie nahmen teil an einem internationalen linksrevolutionären und kommunistischen Jugendkongress, der hier im Lande heimlich stattfinden sollte, um einem Eingreifen der Regierung vorzubeugen — das gewährte Gastrecht mißbrauchen und schädigen, nicht auf ein besonderes Entgegenkommen durch die Regierung zu rechnen haben.

5. Der Unterzeichnete ist nicht der Meinung, daß in diesem Falle in einer mit dem Fremdenrecht in Widerspruch stehenden Weise gehandelt worden ist.

Der holländische Minister tut so, als hätte erst das „Aufheben“ in der Öffentlichkeit die jungen Revolutionäre an die deutsche Hitlerpolizei verraten. So harmlos

ist der Herr Minister natürlich nicht, um nicht zu ahnen, daß die deutsche Polizei keines besonderen Hinweises bedurfte, um zu erfahren, wer die ihr von der holländischen Polizei überlieferten jungen Leute waren. Rein: die holländische Regierung kann die Tatsache nicht bestreiten, daß vier junge idealistische Menschen von ihrer Ueberzeugung willen an die rohesten Exekutivorgane der Welt übergeben worden sind. Die Verantwortung dafür hat die holländische Regierung zu tragen.

Die Diskussion geht nicht um „Fremdenrecht“. Niemand bezweifelt, daß die Akten und Paragraphen in Ordnung sind. Die Frage ist, warum die holländische Behörde die jungen Leuten den Schergen des deutschen Faschismus ausgeliefert hat, statt die im Grunde doch recht ungefährlichen jungen Burtschen einfach zum Verlassen des Landes aufzufordern und ihnen freizustellen, welche Grenze sie wählten. Der Bürgermeister von Laren bietet das fatale Bild eines freiwilligen Gehilfen der Geheimen Staatspolizei, und es ist dem Ansehen der holländischen Regierung nicht dienlich, daß sie dieses Verhalten deckt. Es sei denn, daß ihr in Deutschland nur der Beifall des jetzigen Regimes etwas gilt.

# Ein Soldat marschiert in den Tod

## Fehlurteil eines lettischen Kriegsgerichts

Die auf Deutsch geschriebene Rigauer Zeitung „Europa-Dr“, dem vorhiterischen „Tempo“ durch den Chefredakteur nahegehend, bringt eine Meldung, die eigentlich eher aus Deutschland stammen könnte: Das Todesurteil des lettischen Kriegsgerichts zu Riga gegen den Infanteristen Bruno Greter wegen Ermordung des Oberleutnants Döl.

Das wäre nichts Besonderes, wenn man nicht gleichzeitig erfähre, wie diese Ermordung vor sich gegangen ist:

(Das Folgende ist aus den eindeutigen Zeugenaussagen zusammengesetzt). Der Soldat Bruno Greter steht kurz vor der Entlassung. Man kann nicht sagen, daß er sich menschlich wie soldatisch besonders lobenswert geführt hat. Kleine Eigenrumsdelikte brachten ihn — als Zivilist — auf kurze Zeit ins Gefängnis, und beim Militär hat er etwas nachlässige Mann sehr oft die üblichen Differenzen mit den Vorgesetzten, die mit dementsprechenden Arreststrafen des Untergebenen endigen. Einmal, als er zuletzt des süßen Weins getrunken hatte, schon einige Zeit ist es her, sucht er wie ein Wilder auf den ganzen Militärkram, besonders auf seine Vorgesetzten, schwört Rache. Wie gesagt: er hatte einen tüchtigen Rausch.

Drei Tage vor seiner Entlassung, die in der ersten Märzwoche erfolgen sollte, ist eine Nachübung angelegt. Der Infanterist Greter und sein Kamerad Birrow werden vom Korporal Liponof auf Patrouille geschickt, liegen am Abhang eines Hügelns und lauern auf den „bösen Feind“. Befehl, daß, wenn auf 100 Meter Entfernung irgendein Mann zu sehen ist, mit Plazpatrone geschossen werden soll. Vor der Übung sind die Gewehre — außerordentlich schlüchtig, wie der Besichtigende selbst bekundet — durchgesehen worden, ob nicht vielleicht doch eine Kugel im Lauf stecke. Kein Mensch hat es für nötig befunden, auch nur die Gewehrlöcher öffnen zu lassen, geschweige denn durch das Rohr zu blicken. Der Soldat Greter, der niemals seine Sachen vorchristamäßig in Ordnung hat, sieht — unten am Fuße des Hügelns liegend — im Dunkel, sich gegen das Mondlicht anhebend, einen Schatten, nimmt sein Gewehr und schießt. Zielen kann er nicht auf, da das Rohr seines Gewehres verborgen ist. Ein schauderhafter Soldat, dieser Greter, schießt also und — „ermordet“ mit diesem Schuß den Oberleutnant Döl, trifft ihn mitten in die Brust, trifft ihn auf 60 Meter Entfernung im Dunkeln von unten nach oben schießend mit — einer Plazpatrone, wie Greter fest glaubt, denn bei dem jetzt folgenden Sammeln meldet er sich sofort auf Befragen als der verhängnisvolle Schütze.

Das Gericht hat die Wahl, lässliche Lösung sein Jahr Gefängnis, oder Nord (Tod durch Erschießen) anzunehmen. Als vor kurzem ein Oberleutnant D e h r u p am hellen Tag einen Matrosen erschoss, ohne daß dieser irgendeinen tatsächlichen Grund zu dieser Maßnahme abgeben hätte, lebte das gleiche Gericht den Spruch des Staatsanwalts ab und erkannte auf — ein Jahr Korrekionsanstalt, nicht ohne sofort dem Staatspräsidenten Beantragung des Verurteilten zu empfehlen. Heute sollen die Richter willig den staatsanwaltlichen Ausführungen, die einen — Nord feststellen und verurteilen den Angeklagten entsprechend.

Politische Hintergründe scheinen nicht weiter vorhanden. Hier spricht der trasse Klassenunterschied, ausgebrüht im Rangunterschied, ein Urteil, das jedem Rechts ins Gesicht schlägt. Ein als Soldat völlig uninteressanter Mensch plüzt meistens nicht gerade ein Kunststück zu sein, und dieser Mann soll auf 60 Meter in der Nacht einen Menschen, den er nicht einmal richtig erkennen kann, tödlich — mit Absicht tödlich treffen?! Dieser miserable Soldat soll so verrückt sein, drei Tage vor seiner Entlassung an einem Offizier, mit dem er niemals persönliche Unstimmigkeiten gehabt hat (der Oberleutnant Döl hatte keine Strafgehalt über den Soldaten Greter), eine Straftat zu begehen, sie in Gegenwart der gesamten Abteilung vollenden, von der er weiß, daß sie ihn mindestens auf ein Jahr ins Gefängnis bringt! 365 zu 3 Tagen. Das ist die — günstigste (!) Chance.

Mag der Mann Greter ein schlechter Kerl sein, ein Narr ist er nicht gewesen. Die kann ein Gericht, das sein Urteil auf keine einzige fremde Handhabende Anklage basiert, das nicht einmal die Sachverständigenurteile wegen der mangelhaften im Lauf stehenden Kugel, die durch die Plazpatrone herausgeschleudert werden konnte, einwandfrei für seine Annahmen buchen kann, wie darf ein solches Gericht einen nie wieder auf zu machenden Spruch fällen! Nur weil der Infanterist Greter einmal einen schweren Rausch gehabt hat? Man frage jeden der aburteilenden Offiziere, ob sie nicht auch schon einmal in einem Zustand der Vernehmungsunsicherheit ganz schön auf ihre Vorgesetzten geknallt haben, man frage irgendeinen Menschen, welche Nachschwüre er selbst ausgesprochen und gehört hat während des Krieges von 1914 bis 1918, und wieviele dieser Schwüre er als eindeutig angeführt feststellen konnte. Während des Krieges ist es eine Kleinigkeit gewesen, unliebsten Vorgesetzten zu „Reiben“ zu verhelfen, und doch hätten verhältnismäßig wenige Offiziere auf diese Weise gekorben sein.

Weil ein schlechter Soldat einen vielleicht guten Offizier getötet hat, daraufhin kann doch kein Gericht der Welt auf Nord erkennen, nicht einmal — ein Militärgericht!

Die „Riga für Menschenrechte“ mühte mit allen Mitteln die Befreiungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Schmidt, unterzügen. Hier handelt es sich nicht darum, ob der Mann Greter gut oder schlecht ist, hier geht es einfach darum, ein Menschenleben zu retten, einen Sohn der Mutter, einen Bruder den Geschwistern zu erhalten! Hier geht es um die Wahrung von Menschenrechten!

Darum heißt dem Menschen Greter, der ein schlechter Soldat ist . . .



## Um den sozialistischen Fünfjahresplan Henri de Man vor den Brüsseler Börsenmaklern

Die Berufsvereinigung der Brüsseler Börsenmakler hat beschlossen, drei Sitzungen einer akademischen Debatte über den Aktionsplan von Henri de Man zu widmen. Herr Max-Léo Gérard, vom „Comité Central Industriel de Belgique“ eröffnete diese Debatte vor einigen Wochen. Am nächsten Dienstag soll Herr Prof. Fernand Baudhuin zu Worte kommen. Letzten Dienstag aber antwortete Henri de Man selbst auf die Kritiken von Hrn. Gérard, die vom „Echo de l'Industrie“ wohlgefällig übernommen wurden, und zu denen wir bereits verschiedene Gegenbemerkungen vorgebracht haben.

In seinem Vortrag legte Henri de Man, vor einem überfüllten Saal, die großen Linien seines Arbeitsplanes dar: In der belgischen Nationalwirtschaft soll neben dem nationalisierten Sektor ein privatwirtschaftlicher, freier Sektor bestehen bleiben. Die freie Konkurrenz soll beschützt werden, wo sie noch besteht. Doch wo es bereits heute faktische Wirtschaftsmonopole gibt, sollen dieselben zu öffentlichen Monopolen umgestellt werden.

Zweck dieser Nationalisierung ist, dem Staat die Steuerung der Wirtschaft in die Hand zu geben. Die Krisis, sofern man sie im nationalen Rahmen betrachtet, charakterisiert sich nämlich durch ein Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Verbrauchskraft. Dieses Mißverhältnis kann nur durch eine Aktion im Interesse der Allgemeinheit beseitigt werden.

Unsere heutige Wirtschaft ist paradoxal in dem Sinne, daß wir immer mehr produzieren, während es immer weniger Käufer gibt. Man behauptet dann leichtlich: „Es ist kein Geld da!“ Aber in Wirklichkeit fehlt das Geld nicht. Wir leiden im Gegenteil unter einem Ueberfluß an unbenuztem Geld. Bleiben doch schätzungsweise 6 Milliarden Franken in Banknoten außer Verkehr.

Wie kann das Geld wieder in Umlauf gebracht werden? Wie ist eine Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen? Nur indem man dem Staat die Direktion des Kredites überträgt, der sich automatisch nicht regelt, sondern vielmehr, in seiner heutigen Gestaltung, die Schwierigkeiten der derzeitigen Konjunktur erschwert.

Die heutigen Kreditinstitute, vielleicht mehr noch aus Machtstreben als aus Gewinnsucht, haben Monopole geschaffen, die das Volumen der zu tätigenen Geschäfte opfern, sofern sie nur einen mäßig hohen Zinsfuß herauschlagen. Schuld an dieser Lage trägt unsere gesamte Wirtschaftsstruktur, deren Reform sich denn auch als erste Forderung aufdrängt.

Eines der Hauptargumente von Hrn. Max-Léo Gérard besteht darin, daß die Einmischung politischer Elemente in die Wirtschaft gefährlich wäre. Aber der Aktionsplan will keinen vulgären Etatismus. Es handelt sich auch nicht darum, die Banken durch irgendwelche administrative Dienstleistungen zu ersetzen. Der Bankier in seiner Bank und der Gesetzgeber an seinem Pult: das ist unsere Formel. Wir wollen bloß

über die Banken einen leitenden Organismus stellen, ein Kreditinstitut, das wohl vom Parlament geschaffen würde, aber sonst von der gesetzgeberischen Gewalt völlig unabhängig wäre.

Den politischen Gewalten wäre bloß die Ernennung eines Kommissars überlassen, der an näher zu bestimmenden Perioden zur Rechnungsablage verpflichtet wäre. Dieser Kommissar wäre zur Hälfte Beamter, zur Hälfte Bankier, also nicht sehr verschieden von den Persönlichkeiten, die heute an der Spitze der Nationalbank und der ähnlichen Institute stehen. Das zu schaffende Kreditinstitut selbst wäre keineswegs der „Bankier des Staates“. Diese Rolle verbliebe der Nationalbank, durch deren Vermittlung der Staat, gegebenenfalls, auch weiterhin Appell an die öffentliche Ersparnis machen würde.

Was die Kosten der Nationalisierung der Banken betrifft, so erreichen sie bei weitem nicht die 27 Milliarden, von denen Hr. Max-Léo Gérard gesprochen hat. Es genügt nämlich, eine Kontrolle über einige oder sogar nur eine einzige Großbank zu besorgen, um dadurch einen vorherrschenden Einfluß auf die Leitung des planwirtschaftlich zu gestalten des Sektors zu gewinnen. Die dafür notwendige Ausgabe wird aber bloß zwei, oder höchstens drei Milliarden erreichen.

Sollten der Rückkauf auf dem Vertragswege oder die Enteignung aus Gründen öffentlichen Nutzens unmöglich sein, so könnte ein Gesetz dem Staat die für die Durchführung des Planes nötige Autorität geben, ohne daß er deshalb Aktien erwerben müßte. Hr. Gérard hat von der Panik gesprochen, die die Verwirklichung des Aktionsplanes angeblich an der Börse hervorrufen würde. Aber nicht auf diese Weise stellt sich das Problem. Die Verwirklichung des Arbeitsplanes ist nur in einer Atmosphäre des Vertrauens möglich. Wir würden unseren Aktionsplan wieder in die Tasche stecken, wenn die Gegner nicht mithelfen wollten, diese Atmosphäre zu schaffen; aber das will nicht sagen, daß wir dann nicht einen andern Weg beschreiten würden.

Tiefen Eindruck machte es auf die Versammlung, als abschließend Henri de Man erklärte, mit seinem Aktionsplan riskiere er mehr als seinen Ruf und seine politische Existenz: nämlich eventuell die Beschuldigung durch sein Gewissen. Indem er den Arbeitslosen Beschäftigung verspricht, hat er eine große Verantwortung über sich genommen. Aber die da behaupten, die Nationalwirtschaft wäre vor der drohenden Katastrophe allein durch die Naturgesetze zu retten, übernehmen eine nicht geringere Verantwortung. Ein Ausweg ist nur möglich, wenn man sich Rechenschaft gibt, daß das Privatinteresse vor dem Allgemeininteresse weichen muß.

Henri de Man fand vor dieser, sicher nicht sozialistisch eingestellten Versammlung lebhaften Beifall. Entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Presse wird in Belgien seinem Aktionsplan allerdings eben eine immer größere Beachtung geschenkt.

## Immer weniger Devisen

### Der Reichsbankausweis

Dub. Berlin, 17. April. Der Reichsbankausweis vom 14. April 1934 zeigt das Bild einer normalen Weiterentwicklung. Nachdem von der Gesamtbeanspruchung zum Ultimo März von 533,8 Mill. RM. bereits in der ersten Aprilwoche mehr als die Hälfte, nämlich 317,7 Mill. RM., zurückgeflossen waren, hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um weitere 96,3 Millionen auf 364,5 Mill. RM. vermindert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 45,5 auf 200,1 Mill. RM., an Reichsschatzwechseln um 22,9 auf 7,2 Mill. RM., an Lombardforderungen um 7,8 auf 63,0 Mill. RM. abgenommen. Bemerkenswert ist der Rückgang der bedungsfähigen Wertpapiere um 19,3 auf 389,2 Mill. RM., was auf den Verkauf von Steuerquittungen zurückzuführen ist. Die Bestände an sonstigen Wertpapieren zeigen mit 330,2 Mill. RM. eine Abnahme um 0,7 Mill. RM. Die Deckungsmittel der Reichsbank haben eine Verminderung um 8,6 auf 292,1 Mill. RM. erfahren, und zwar gingen die Goldbestände um 4,3 auf 226,4 Mill. RM. und

die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 4,3 auf 5,7 Mill. RM. zurück.

Der Bestand an Scheidemünzen hat sich um 25,0 auf 254,3 Mill. RM. erhöht. Die sonstigen Aktiven werden mit 514,0 Mill. RM. um 24 Mill. RM. niedriger ausgewiesen. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz betrug am 14. April 5354 Mill. RM. gegen 5427 Mill. RM. am 7. April, 5285 Mill. RM. vor einem Monat und 5472 Mill. RM. vor einem Jahre. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten weisen mit 460,9 Mill. RM. einen Rückgang um 42,0 Mill. RM. auf. Die Notendeckung betrug am 14. April 6,8 Prozent gegen 6,9 Prozent in der Vorwoche.

## 374 Millionen Osthilfe

(Inpreß.) Allein im letzten halben Jahr, d. h. vom 30. September 1933 bis zum 31. März 1934, sind nicht weniger als 86 Millionen für „Osthilfe“ ausgezahlt worden. Die Gesamtsumme der Osthilfegelder beläuft sich bis zum 31. März auf 395,13 Millionen. Weitere 69,6 Millionen sind schon zur Auszahlung bereitgestellt. Damit erreicht die Summe, die vorwiegend den Agrariern zugeflossen ist und noch zufließen wird, bereits die ungeheure Höhe von 374,22 Millionen Reichsmark.

## Analyse der „Arbeitsschlacht“

Das „Prager Tagblatt“ schreibt zur „Arbeitsschlacht“ der Nazis: „Das Geheimnis, wie Hunderttausende in die Betriebe zurückgeführt werden, obwohl auf das Wunder der Wirtschaftsbefehle immer noch sehnsüchtig gewartet wird, wird verständlich, wenn man erfährt, daß in den meisten Betrieben die Arbeit in früher ganz ungewohnter Weise gestreckt wird und daß der Sedes, ja sogar Fünftagearbeit in manchen Betrieben für einen großen Teil der Belegschaft nur deshalb eingeführt werden mußte, um Platz für die auf behördliche Anordnung einzustellenden Arbeitslosen zu schaffen. Selbst bei unveränderten Stundenlöhnen wurde infolge der verringerten Arbeitszeit das Einkommen des einzelnen Arbeiters ganz wesentlich beschnitten, und der neu eingestellte Arbeitslose macht zumeist die schmerzliche Erfahrung, daß sein Lohn um kaum ein Drittel das bisherige Unterstützungsgeld übersteigt. Die notwendigen Aufwendungen für die Arbeitskleidung, Fahrgeld, für bessere Ernährung, die ein arbeitender Mensch braucht, können von dem geringen Mehreinkommen kaum bestritten werden, so daß viele der Neueingestellten zugehen, daß ihre wirtschaftliche Lage während der Arbeitslosigkeit besser war.“

## Der Sieg des Feudalismus

### Starker Rückgang der Siedlungstätigkeit

„Kameraden! Die Vorarbeiten zu einem großzügigen An siedlungswerke sind im Gange; die Ausführung wird unverzüglich beginnen . . . Die heimkehrenden Krieger sind die ersten, diesen Dank des Landes zu empfangen. Auf billig erworbenem Land mit billigem öffentlichen Gelde werden für Landwirte, Gärtner und Handwerker Hunderttausende von Stellen errichtet. Das große Werk ist schon begonnen. Habt nur kurze Zeit Geduld!“

Der dies sagte, ist heute Großgrundbesitzer von Neudeck. Die Säge sind dem Aufruf des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, den er im November 1918 an die Armee erließ, entnommen. Das erwähnte Siedlungswerk sollte ein Drittel des ostelbischen Großgrundbesitzes aufteilen. Bisher ist nicht einmal ein Drittel dieses Drittels der Siedlung zugeführt. Und was überhaupt bisher für die Siedlung getan worden ist, geschah ausschließlich in den „14 Jahren des Weimarer Systems“.

Selbst nach den eigenen Vorstellungen der Nazis gibt es kaum einen nationaleren und sozialeren Punkt in ihrem Programm als die Siedlung. Aber nun sind die „Siedlungsbolschewisten“ Brüning und Schleicher verjagt und Hitlers „Agrarspezialisten“ erklären jetzt feierlich, daß kein Großgrundbesitz angetastet werden darf.

Was im ersten Hitlerjahr auf diesem Gebiete getan wurde, ist viel weniger als man selbst nach der Weiterzahlung der Osthilfegelder und nach dem im Sommer 1933 erlassenen neuen Entschuldungsgesetz hätte erwarten können.

Während nämlich die Gesamtzahl der im Reich geschaffenen Siedlerstellen im Jahre 1932 — obwohl das Papenkabinett weiß Gott nicht siedlungsfreundlich war — 3877 betrug, wird in der selbstverständlich gleichgeschalteten „Sozialen Praxis“ vom 8. März 1934 die Zahl der im Jahre 1933 geschaffenen Siedlungen auf etwa 4000 geschätzt.

In der Tat, der Generalfeldmarschall hat sich die Neudeck-„Landzulage“ von knapp 8000 preußische Morgen redlich verdient! — Nachzutragen ist noch, daß in genau gleichem Maß, wie die Siedlungstätigkeit im ersten Jahr des Hitler-Heils zurückgegangen ist, die Summe der ausgezahlten Osthilfedarlehen anstieg; und zwar nach dem letzten Ausweis der Bank für Industrieobligationen von 160 auf 340 Millionen Reichsmark.

Hindenburg hat sich um die Verhinderung der Siedlung verdiente gemacht als irgend ein anderer Deutscher. Jetzt hat der ostpreußische Großgrundbesitz in Hitler einen zweiten gleichwertigen Helfer. Schon heute läßt sich aus den un zugehenden Mitteln entnehmen, daß im Jahr 1934 nicht einmal wenige hundert Siedlerstellen errichtet werden dürften! Und es ist nicht schwer vorauszusagen, daß am Ende des „Vierjahresplans für den deutschen Bauer“, den Hitler am Tage nach seinem Machtantritt verkündet hatte, jede Spur von Siedlungstätigkeit ausgerottet sein wird. M. B.

## Von der Sowjetindustrie

Moskau, Mitte April. (FSU.) Die Zahlen über die Entwicklung der industriellen Produktion im ersten Vierteljahr des zweiten Jahres des zweiten Planjahrhaufts geben ein sehr interessantes Bild. Nahezu alle Industriezweige weisen wieder ein bedeutendes Wachstum auf. Die Produktion der führenden Zweige der Schwerindustrie übersteigt die derselben Periode des Vorjahres bei der Steinkohlenindustrie um 30,1 Prozent, bei der Petroleumindustrie um 26,9, bei Roheisen um 60,7 Prozent, bei Stahl um 49,2 Prozent, bei Walzwerksprodukten um 41,6 Prozent, im Lokomotivbau um 34,9 Prozent, beim Güterwagenbau um 55,4 Prozent, beim Traktorenbau um 59,2 Prozent, bei Lastautos um 27,4 Prozent. Die Produktion an Personenaufbauten beträgt das Sechsfache des Vorjahres. Die Superphosphatproduktion stieg um 63,3 Prozent. Diese Zahlen zeigen an, daß die erfolgreiche Entwicklung der gesamten Wirtschaft der Sowjetunion auch in diesem Jahre anhält. Dabei ist festzustellen, daß die Methode des sozialistischen Wettbewerbes zwischen verschiedenen Arbeitergruppen, Betrieben und Produktionszweigen wieder einen großen Aufschwung erlebt hat, der sich auf die Weiterentwicklung der Produktion sehr günstig auswirkt. Zahlreich sind auch die Arbeiter, die sich im Laufe

der letzten Monate in Kursen die notwendigen technischen Kenntnisse angeeignet haben, um die Maschinen, die sie bedienen, auch richtig auszuwählen zu können. Die bedeutendste Errungenschaft des abgelaufenen Quartals ist das stetige Wachstum der Eisenhüttenindustrie, die bisher noch hinter den anderen Zweigen der Volkswirtschaft zurückblieb. Die Produktionssteigerung auf diesem Gebiet ist nicht allein dadurch zu erklären, daß im Laufe des letzten Jahres 8 neue große Hochofen in Betrieb genommen wurden, sondern durch die bedeutende Steigerung der Leistung der alten Betriebe, die in diesem Quartal um ein Drittel mehr Roheisen lieferten, als in der gleichen Periode des Vorjahres. Von 15 000 Tonnen täglicher Ausschmelzung stieg die Leistung der Hochofen auf 26—27 000 Tonnen pro Tag im März. Die Sowjetpresse verzeichnet diese bedeutenden Errungenschaften, warnt jedoch vor deren Ueberschätzung. „Wir dürfen uns die Erfolge nicht zu Kopfe steigen lassen“, schreibt die Prawda, „die Offensive muß in angespanntem Tempo weitergehen. Noch mehr Kohle, Metall, Maschinen, noch mehr Massenbedarfsartikel — das sind die Lösungen für das Land, dessen Kaufkraft ununterbrochen steigt, da eine Krise durch sein Wirtschaftssystem ausgeschlossen ist.“

## Sippen-Gerke

### Er hat das Rassenmonopol

Der Reichsgeschäftsführer der RSDAP, gibt bekannt: Der in Berlin kürzlich gegründete „Reichsverein für Sippenforschung und Wappenfunde e. V.“, Berlin RB 7, Schiffbauerdamm 26, mit dessen Leitung der Reichsminister des Innern den Amtseleiter der Reichsleitung der RSDAP, und Sachverständigen für Sippenforschung beim Reichsministerium des Innern, Dr. Arhim Gerke, beauftragt hat, ist die einzige Organisation auf dem Gebiete der Sippenforschung, die von der Partei anerkannt wird.

Da im „dritten Reich“ alles behördlich konzeffioniert und registriert sein muß, so verhielt sich fast von selbst, daß auch das Forschen nach Ururgroßmüttern und Ururgroßmüttern nicht von jedem einzelnen auf eigene Faust, sondern nur unter Aufsicht und Aufsicht der Obrigkeit betrieben werden darf. Und — so merkwürdig es klingt — gerade auf diesem Gebiet erscheint strenge Kontrolle notwendig. Denn was sollte werden, wenn so ein Sippenforschungsverein sich z. B. einfallen ließe, nach den Ahnen Adolf Hitlers, dessen Großvater bekanntlich auf dem Judenriedhof zu Putzarsch begraben liegt, oder irgendeines anderen Großen der RSDAP, zu forschen? — Es könnte nicht auszubehende Folgen haben!

Meldung der gleichgeschalteten Presse: Mit Rücksicht auf den außerordentlich starken Andrang bei den Rötner Standesämtern wegen Ausstellung von Registereinszügen ist zur Erleichterung des Geschäftsbetriebes ein Verfahren zur Herstellung fotografischer Abzüge standesamtlicher Urkunden erprobt worden. Die Versuche haben zu einem vollen Erfolg geführt.

Na also! Und das Fotografieren von Standesamturkunden gibt Arbeit und Brot für tausendviele. Und wenn erst alle Arbeitslosen mit Stammbaumforschung beschäftigt sind, ist das Wirtschaftsproblem gelöst. 1



# Zu meiner Ausbürgerung aus Deutschland

Von Theodor Plivier

Gestern habe ich erfahren, daß das „dritte Reich“ mir die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen hat. Heute hatte ich eine Reihe Besuche und noch mehr Telefonanrufe. Es waren nicht nur deutsche Emigranten, — ein Franzose, Schweden, ein Engländer drückten mir die Hand und gratulierten; sie alle gratulierten, nicht einer fand das Ereignis bedauerlich. Über eine so einheitliche — und in diesem kleinen Rahmen — internationale Manifestation war ich doch erstaunt. Jedenfalls wurde mir veranschaulicht, daß es eine Ehre und nur eine Ehre ist, von den Herren des „dritten Reiches“ geächtet und für unwürdig befunden zu werden, den Namen eines Deutschen zu tragen.

Ich bin ein geborener Deutscher, habe vier Jahre lang — vom ersten bis zum letzten Tage — am Krieg teilnehmen dürfen und habe für Heldentaten, nach denen ich mich nicht gedrängt habe, die Auszeichnung des Eisernen Kreuzes annehmen müssen. Ich habe einen holländischen Vater, einen bretonischen Großvater und eine deutsche Mutter. Daß der Akt meiner Ausbürgerung nichts mit Blutzugehörigkeit (um im Jargon der Nazis zu reden), nichts mit meiner Herkunft zu tun hat und auch nichts an dem Gefühl meiner Verbundenheit mit dem deutschen Volke ändern kann, das ist ersichtlich. Diese Ausbürgerung ist zum großen Teil auch gegen die zwei Millionen Leser gerichtet, die ich als Schriftsteller in Deutschland gewinnen konnte.

Daß meine Leser allen Schichten der Bevölkerung von der äußersten Linken bis zu den extremen Nationalisten angehören, ist mir eine Ehre; daß aber die große und wirklich interessierte Mehrheit meiner Leser Bezüher der Leihbibliotheken sind, also dem mittellosen, ausgebeuteten und am meisten unterdrückten Teil der Bevölkerung entstammen, das ist mir eine Verpflichtung und heute mehr Verpflichtung als vorher.

Mein Herkommen ist deutsch.  
 Meine Sprache ist deutsch.  
 Meine Sprache bleibt deutsch.  
 Und ich werde die Sprache, in der ich aufgewachsen bin, in der ich mich umherjagen und kommandieren lassen mußte, in der ich endlich denken lernte, als Waffe zu benutzen wissen.  
 Als Waffe — gegen wen und für was?  
 Das ist klar auszusprechen!  
 Gegen ein System, das es in der kurzen Zeit seiner Herrschaft verstanden hat, die Grundbegriffe der Zivilisation und des menschlichen Zusammenlebens aufzuheben, das seine Bürger zu willenlosen Werkzeugen eines übersteigerten Machtwillens degradierte und die Einzelpersonen allen nur denkbaren Arten von Willkür, körperlichen und seelischen Terrors und selbst den Foltermethoden eines vergessenen paglaubten, finsternen Mittelalters aussetzt, das die Kunst, die Wissenschaft, die Erziehung, selbst die Kirche nur als Instrumente eines krankhaften Rassenwahns gelten läßt und für seine chauvinistischen Ziele mißbraucht, das daran ist, für ganz Deutschland in eine einsige große Kaserne zu verwandeln und die deutsche Sprache auf das Niveau eines Exerzierreglements herabzudrücken. — gegen die Unterdrücker eines gutgläubigen, geduldigen und leidensfähigen

Volkes und für dasselbe unterdrückte, ausgebeutete und stammleidende Volk!

Deutschland hatte schwerer als alle anderen beteiligten Völker an den Folgen des Krieges zu tragen. Aber keiner der seit dem 11. November 1918 mit den ehemaligen Feindmächten abgeschlossenen Verträge — so schwer sie auch auf die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung drückten — hat so einschneidend, so gewaltsam, so freiheitsberaubend, physisch und noch mehr psychisch zermürbend auf den Millionen innerhalb der deutschen Grenzen gelastet, wie ein Jahr Hittlerdiktatur. Es ist billig zu sagen, daß in Deutschland das Faustrecht herrscht; es ist auch nicht ganz richtig, denn es ist eine schwerbewaffnete und disziplinierte Minderheit, die die unbewaffnete Mehrheit terrorisiert.

Wie lange wird das möglich sein?  
 Hoffentlich nicht bis zum bitteren Ende!  
 Die Herren des „dritten Reiches“ die Meister der „Schughaft“, der Konzentrationslager, der Foltertruppen bereiten im eigenen Lande eine Explosion vor und es liegt nicht nur im Interesse des deutschen Schicksals, es liegt im Interesse der gesamten zivilisierten Menschheit, daß diese Explosion ausbricht, ehe der Nationalsozialismus sein Ziel und bitteres Ende erreicht, das Krieg heißt.

Daß ein neuer Krieg die Auswirkungen des letzten nicht auslöschen kann und nur neue Leiden und neue vervielfachte Opfer in erster Linie für Deutschland und darüber hinaus für die ganze Welt bringen und zwangsläufig mit einer noch größeren und unabsehbaren Katastrophe enden muß, darüber ist kein Einsichtiger im Zweifel.

Ebenso sicher ist es, daß große Massen des deutschen Volkes und vor allem jene Generation, die bereits eine Kriegs- und Nachkriegserfahrung hinter sich hat, nicht freiwillig den Naziparolen ins Unglück folgen würde.

Dazu mußte es erst entredet werden, dazu sind die „Schughaft“ und die Konzentrationslager nötig und diesem Zwecke dienen letzten Endes auch die Ausbürgerungen jener, die sich dem direkten Zugriff des „dritten Reiches“ entziehen konnten.

Einer solchen Kriegskatastrophe, die von den Machthabern des „dritten Reiches“ ganz zielbewußt und nur schlecht getarnt vorbereitet wird, entgegenzuwirken, ist das dringendste Gebot der Stunde und in der Erfüllung dieses Gebotes weiß ich mich mit großen Massen, ja mit der Mehrheit des deutschen Volkes und mit der überwiegenden Mehrheit aller anderen Nationen einig.

Für ein Deutschland, das die Grundsätze der Gleichberechtigung, des Friedens und der Freiheit nach innen gegen seine eigenen Volksgenossen verwirklicht, und das diese allein denkbaren Prinzipien menschlichen Zusammenlebens deshalb zur Grundlage seiner inneren Politik machen kann, weil es das gleiche Recht aller anderen Rassen anerkennt und die Freiheit und den Frieden aller übrigen Länder achtet und nicht nach einer kriegerischen Machterweiterung trachtet, für ein solches Land zu kämpfen, das ist es, was ich seinen künftigen Mitbürgern in einem neuen Deutschland gelobe.

Paris, Ostern 1934.

# Hittlerverlag mag keinen Juden leiden . . . doch seine Werke druckt er gern

Der zur Zeit in der Tschechoslowakei lebende Künstler Ernest Neuschul hat der Öffentlichkeit folgenden Briefwechsel zur Verfügung gestellt: 16. Februar 1934.

Chr. Belser A.-G., Verlagsbuchhandlung,  
 Stuttgart 1, Augustenstraße 18

Herrn Ernest Neuschul  
 Berlin-Charlottenburg  
 Waisenstraße 4

In unserem Verlag erscheint demnächst ein nationales Werk; für dieses Werk benötigen wir das Bild Ernest Neuschul: „Feierabend“  
 Wir fragen bei Ihnen um Genehmigung der Veröffentlichung an und bitten Sie, uns den Preis zu nennen, den Sie zur Veröffentlichung verlangen.

Heil Hitler!  
 Chr. Belser A.-G., Verlagsbuchhandlung  
 An Chr. Belser, A.-G.,  
 Stuttgart

Nachdem Sie vor einer Woche bereits bei mir angefragt hatten, ob ich arischer Abstammung bin, wünschen Sie in Ihrem Schreiben vom 16. 2. die Genehmigung zur Reproduktion meines Bildes „Feierabend“. Ich muß sie Ihnen verweigern. Die Arbeiter auf meinem Bilde sind gute Marxisten, ich selbst, sein Autor, bin rein- und hochrassiger Jude. Ein solches Bild gehört nicht in Ihr „nationales“ Werk! Haben Sie das noch immer nicht begriffen? Es ist (nebenbei) in der deutschen Sprache nicht zulässig, einen Preis „zur“ Veröffentlichung zu verlangen. Die Juden verlangen ihn „für“ die Veröffentlichung — falls sie diese genehmigen. Gegen den Mangel an Deutschtum hilft Ihnen auch das lauteste Heil-Hittler-Geschrei nichts.

Ernest Neuschul.

Kunstwerke sind der reinste Ausdruck der Persönlichkeit. Nach der Rassestheorie hätte der Verlag Belser aus angebornen arischen Instinkten das Werk eines Semiten ablehnen müssen. Merkwürdigerweise funktionieren diese Instinkte aber immer erst dann, wenn dem Betreffenden ausdrücklich gesagt wird, daß der Autor Jude ist. Würden sonst so viele Deutsche die „Loreley“ des Juden Heinrich Heine singen?!

# Ein Offenherziger Er will sich noch deutlicher aussprechen . . .

„Wir fahren durch die sternklare Nacht gen Süden, und zwar allein. Wenn früher — ja noch vor drei Jahren — die „Internationale Gesellschaft für zeitgenössische Musik“ ein Musikfest irgendwo abhielt, strebten aus allen Ecken junge und jung gebliebene Musiker, Kritiker, Liebhaber diesem Orte zu. Da war man sicher, schon im D-Zug gleichgesinnte, gleichinteressierte Menschen zu treffen, oft sogar deren mehr, als einem, der gern besinnlich reist, lieb sein konnte. Diesmal schaue ich mich vergebens nach solchen Gefährten um. Die paar Leute, die mit über den Brenner fahren, haben andere Interessen, andere „Geschäfte“ als wir. Es fehlen die bekannten Gesichter. Sehr viele Freunde und Kollegen, die noch im vorigen Sommer in Amsterdam zusammen mit uns so viel gehört, gesehen und besprochen haben, sind 1934 zu Hause geblieben. In Deutschland. Hat wirklich nur die Wirtschaftslage sie davon abgehalten, mitzufahren, oder hat ihr Fernbleiben von dieser zwölften Jahreskundgebung der „International society for contemporary music“ nicht auch noch andere Gründe? Ich vermute das letztere. Ich kann mir sogar ungefähr denken, was für andere, sachliche und persönliche Hemmungen da in Frage kommen. Auch ich bin diesmal nicht gerade leichter Herzens gereist. Ich werde mich darüber noch deutlicher aussprechen, wenn ich erst einmal mein Reiseziel erreicht habe.“

Der Musikreferent der „Frankfurter Zeitung“, Karl Hall, über seine Reise zum internationalen Musikfest in Florenz.

# Politik in Tönen

Wie wirksam, im politischen Sinne, Gesang sein kann, das konnte man auf dem von der Büchergilde Gutenberg im Zürcher Volkshaussaal veranstalteten Ernst-Busch-Abend feststellen. Chansons von Bert Brecht, Kurt Tucholsky und David Weber. Bekannte Sachen, und doch wirkt jeder Ton jeder Silbe immer wieder neu, wenn Ernst Busch ihr Interpret ist. Das Publikum rast — nach schweizerischen Begriffen — vor Begeisterung, angesteckt vielleicht von den vielen Berlinern, die anwesend sind.

Die kleinen Pausen, die sich der Chansonier gönnte, wurden ausgefüllt mit Vorlesungen Leonhard Steckels aus Büchern von Traven. Weit über tausend Menschen fühlten — trotz aller gesellschaftlichen Unterschiede — einige Minuten lang tiefe Zusammengehörigkeit, nur weil da vorne auf der Bühne einer stand, frech wie ein gamin, und sich eins sang.  
 W. H. C.

# Zeit-Notizen

## Sowjetkunst in Venedig

An der am 12. Mai in Venedig beginnenden internationalen Kunstausstellung werden sich zahlreiche bekannte Maler, Bildhauer und Grafiker der Sowjetunion beteiligen. Aus der Liste der Ausstellungsobjekte, die bereits angenommen worden ist, ersieht man die Themen, die die auszustellenden Bilder behandeln. So stellt der Maler Brodski zwei Leninbilder, ein Bild Woroschilows und ein großes Gemälde „Stollarbeiter des Dnjeprostroj“ aus. Der Maler Williams bringt „Deutsche Arbeitslose“, Deineka Bilder von der Roten Armee, Gerassimow das Porträt eines Koldosbauern usw.

## Bücher in Sowjetrußland

Wie die Sowjetpresse meldet, betrug im Jahre 1933 die Bücherzahl in allen Bibliotheken der Sowjetunion 124 Millionen Exemplare gegen 9 Millionen im Jahre 1911.

# Die Theaterkarte

Von Georg Wilman

Zeitungs meldung: Der Chef der nationalsozialistischen Beamten der Stadt Bamberg hat verfügt, daß sämtliche Beamte, die mehr als 300 Mark monatlich verdienen, verpflichtet sind, ein Abonnement für das Staatstheater in Bamberg zu nehmen.

Bei dem Steuereinnahmer Hans Schwerdtfeger klingelte es mittags gegen drei Uhr. Schwerdtfeger, der sich grad zu einem kleinen Mittagsschlüfchen hingelegt hatte, fuhr ärgerlich hoch: wer war denn da schon wieder? Seine Frau öffnete die Tür. Draußen standen 4 SS-Leute. Einer von ihnen verlangte den Steuereinnahmer zu sprechen. Schwerdtfeger schlurfte in Pantoffeln zur Tür.

„Heil Hitler!“ sagte der SS-Mann und hob den rechten Arm.

„Heil Hitler!“ antwortete Schwerdtfeger, eingedenk sowohl des Erlasses über die Großpflicht der Beamten als auch seiner unerschütterlichen nationalsozialistischen Gesinnung.

„Partei genosse Schwerdtfeger, wir kommen vom Theaterbesuchskontrollkommando, um Ihren Theaterbesuch zu kontrollieren. Dürfen wir . . .“

„Emma!“ schrie Schwerdtfeger schon, „Emma, hol mal den Kasten mit den Abschnitten.“

„Einen Moment.“ sagte er zu den SS-Leuten, verbesserte sich aber sofort mit rotem Kopf, „einen Augenblick. Sie können sofort Einsicht nehmen. Meine Frau sucht nur die Abschnitte. Da ist sie schon. Aber darf ich die Herrn Pgs. nicht hereinbitten? Aber bitte, meine Herren, ja, hier rechts, entschuldigen Sie bitte die Unordnung, ich habe grade ein wenig geschlafen, na, Sie verstehen schon, haha. So, hier ist die Schachtel mit den Abschnitten. Uebrigens, darf ich bekannt machen: Herr SS-Untergroupenführer Marksteiner — meine Frau! Das ist der Herr, Emma, von dem ich Dir schon erzählt habe, ja, der sich den guten Wit mit dem Kommunisten geleistet hat. Wie, Du erinnerst Dich nicht? Na, der Kommunist, der auf einer Kiste vor dem Rathaus stand und immerfort sagte „Ich bin ein kommunistisches Schwein“, ja, der ist das!“

Die vier SS-Leute betrachteten die Abschnitte, abgerissene Abschnitte von Theaterkarten, die sorgfältig in der Schachtel aufbewahrt waren. SS-Untergroupenführer Marksteiner legte die Zettel, nach dem Datum geordnet, nebeneinander. Dann schüttelte er den Kopf:

„Hier fehlt der Abschnitt vom 23. September, Pg. Schwerdtfeger. Waren Sie nicht im Theater? Es gab — und er sah in einer Liste nach, die er aus der Tasche zog — „es gab „Totila“ von Oberpräsident Pg. Kube.“

„Natürlich war ich da, meine Herren. Aber wie können Sie nur zweifeln, meine Herren! Ich weiß doch, was ich als Beamter meinem Führer und dem Vaterlande schuldig bin. Emma, habe ich an dem Abend noch zu meiner Frau gesagt, heute muß du aber das Grüneisen anziehen. Und in der Pause haben wir noch mit Feuerwehrdirektor Mergenthaler und mit der Frau Finanzamtsratswitwe Oberhuber gesprochen.“

„Ist ja alles recht, Pg. Schwerdtfeger, aber wenn Sie den Abschnitt nicht beibringen können, müssen wir annehmen, daß Sie am 23. September Ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind.“

„Aber meine Herren! Ich war da! Weiß der Teufel, wo der Abschnitt hingekommen ist. Ja richtig, jetzt weiß ich es: es regnete, und wir fuhren mit der Straßenbahn nach Hause. Und nachher habe ich den Abschnitt zusammen mit den Fahrscheinen weggeworfen.“

Die vier SS-Leute blickten sich vielsagend an. Dann sagte SS-Untergroupenführer Marksteiner schneidend:

„Das genügt. Abführen!“  
 Schwerdtfeger fiel auf die Knie. Roh riß ihn der eine SS-Mann hoch und brüllte:

„Du verkapptes Marxistschwein! Haben wir dich, du roter Hund! Du Judensau! Du Pazifistenhure!“

Und schon prasselten die Gummiknüppelhebe auf den unglücklichen Beamten.

Am nächsten Tag stand in der nationalsozialistischen Tageszeitung:

„Wieder ein Marxist dingfest gemacht!  
 In seiner Wohnung in der . . . straße wurde gestern nachmittags der ehemalige Steuereinnahmer Hans Schwerdtfeger verhaftet. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er einer Pflichttheatervorstellung ferngeblieben war. Wegen marxistischer Gesinnung wurde er in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen.“

# Ein Nietzsche-Brief

In Katalog Nr. 58 der Firma V. A. Heck in Wien wird ein unveröffentlichter Brief Nietzsches vom 24. August 1877 an Siegfried Lipiner angeboten. Es heißt darin: „ . . . sagen Sie mir sodann ganz unbefangen, ob Sie in Hinsicht auf Herkunft in irgendeiner Beziehung zu den Juden stehen. Ich habe nämlich neuerdings so manche Erfahrungen gemacht, die mir eine sehr große Erwartung gerade von Jünglingen dieser Herkunft erregt hat . . .“



## Die Piraten der „Validia“ Von Heinrich Jordan

Diese Geschichte ist alles weniger als ein Kriminalroman. Sie hat sich, so wie sie berichtet wird, vor ungefähr zehn Jahren in Frankreich ereignet. Daß sie erst heute bekannt wird, liegt daran, daß eben manche Beamte der französischen Polizei eine gewisse Vorliebe für mysteriöse Kriminalromane haben. Zumindest seit Stavisky...

Also es war im Jahre 1923, da fand ein Pariser Bootvermieter auf dem Kai des alten Hafens ein verschmürtes Paket. Als er es öffnete, war darin ein Stoß bedruckter Papiere, deren Bedeutung er sich erst erklären lassen mußte. Es waren argentinische Wertpapiere in Höhe von 60 000 Fr. Bisher ist die Geschichte noch nicht sehr aufregend, aber nur einen Moment Geduld... Der Pariser Bootvermieter trug die Wertpapiere als christlicher, braver Mann zur Polizei. Der Kommissar stellte eine Untersuchung an und machte dabei die Entdeckung, daß die gefundenen Papiere nur einen Teil einer großen Wertpapierfälschung darstellten, die von Paris nach Argentinien mit dem Dampfer „Validia“ geschickt worden und niemals angekommen waren.

Es war zunächst schon auffällig, daß das Wertpapier über Marseille mit der „Validia“, die nur ausnahmsweise Post mitnahm, statt über Bordeaux mit einem regulären Dampfer abgeschickt worden war.

Während sich die Polizei mit diesem Problem beschäftigte, liefen bei der Post eine ganze Reihe von Reklamationen von Banken ein, denen gleichfalls Wertsendungen nach Buenos Aires verloren gegangen waren. Merkwürdigerweise führten alle Spuren immer wieder zur „Validia“... Das schien ein seltsames Schiff zu sein. Der Pariser Polizeikommissar begann schon an eine Art Fatalität zu glauben. Aber die Versicherungsgesellschaften glaubten weder an ein Ehrenwort noch an fatale Zusammenhänge, sondern lediglich daran, daß es Versicherungschwinder gibt, und versuchten nun das Geheimnis der verloren gegangenen Sendungen zu ergründen. Dabei kamen sie auf die Vermutung, daß nur eine vielverzweigte, mit äußerstem Raffinement arbeitende Bande imstande sein könnte, sich der so gut verwahrten Postsendungen zu bemächtigen.

Die Diebe waren schlau. Hätten sie die Wertsendungen gleich in Paris geraubt, so wäre die Post oder die Polizei in kurzer Zeit darauf gekommen. Da der Diebstahl aber erst im Hafen von Marseille geschah, war die Gefahr gering. Die „Validia“ brauchte fast einen Monat, um nach Buenos Aires zu kommen, zwei Wochen lag sie dann im Hafen, dann fuhr sie wieder einen Monat lang zurück — ehe da die Betroffenen darauf kamen, daß sie betrogen waren, hatten die Räuber längst sich und ihre Beute in Sicherheit gebracht und die Spuren verwischt.

Auf Beitreiben der Versicherungsgesellschaften forschte zunächst einmal die Polizei nach dem Verbleiben der restlichen Wertpapiere der Sendung, von der der Pariser Bootvermieter einen Teil gefunden hatte. Sie kam darauf, daß sie von zwei höchst authentischen spanischen Hidalgo's mit den klangvollen Namen Espinoza und Garcia Ortega an eine Bank verkauft worden waren. Leider waren die Namen und die Adressen, die die beiden spanischen Ritter angegeben hatten, weniger authentisch. Sie existierten nämlich überhaupt nicht...

Höchst leibhaftig existierte hingegen ein gewisser Lovisi, ein Italiener, der gleichfalls einen Teil der gestohlenen Wertpapiere verkauft hatte und sogar anscheinend gemacht werden konnte. Dieser war ein Bruder des Kapitänstellvertreters der „Validia“, der die Schlüssel zu den Schiffsfässen besaß, in denen die Postsendungen untergebracht wurden.

Es wäre ein Leichtes gewesen, sich von Lovisi in das Innerste des Geheimnisses führen zu lassen. Es manifestiert sich aber zu diesem Zeitpunkt erstmalig die Freude der Polizei an unentwirren, mysteriösen Kriminalromanen. Sie lud Lovisi nicht vor... Hingegen kündigte sie an, daß sie vier Matrosen der „Validia“ in den nächsten Tagen verhaften

wolle, und diesmal wieder recht wenig auf das Amtsgeheimnis bedacht, teilte sie diese Absicht vorher sehr ausführlich der Presse mit. Als nun der Tag der Verhaftung der vier Matrosen herankam, waren sie, dem Schicksal für die rechtzeitige Warnung dankbar, über alle Meere und Berge davon.

Da geschah eines Tages von neuem ein sensationeller Diebstahl an Bord der „Validia“. Nun betraute die Polizei zwei ihrer verlässlichsten Inspektoren mit den Nachforschungen. Diese waren in ihren Recherchen noch gar nicht weit vorgedrungen, als sie sich eines Tages einem damals noch gar nicht sehr bekannten Herrn... Alexander Stavisky gegenüberfanden. Von diesem Augenblick an hörten sie auf, verlässliche Polizeinspektoren zu sein. Der schöne Serge Alexander verfügte schon damals, in den jungen Anfängen seiner wunderbaren Karriere, über einen unwiderstehlichen Scharm im Umgang mit Polizisten... Die beiden liehen also Stavisky ungeschoren und machten sich auf die Jagd hinter zwei andere Herren, Lewinski und Rebucco. Diese hatten den unschätzbaren Vorzug, nicht zu existieren.

Zwei Jahre später sprach man wieder von der „Validia“. Die Pariser Polizei hatte das Pech, daß in Brüssel ein Individuum verhaftet wurde, das aus einem Raub auf der „Validia“ stammende Papiere verkaufen wollte. Dies war ein gewisser Marcel Benda. Als man ihn fragte, woher die Wertpapiere stammten, gab er an, sie von seinem Freunde Stavisky zum Verkauf erhalten zu haben. Benda schien aber wegen seiner Verhaftung weiter gar nicht besorgt. Er ließ wissen, daß er mehrere Male hintereinander Attache im französischen Innenministerium gewesen sei und über sehr einflußreiche Freunde verfüge, die unter Umständen der Karriere eines so eifrigen Untersuchungsrichters hinderlich in den Weg treten könnten. Erschrocken verzichtete der Pariser Richter darauf, gegen Benda ein Auslieferungsverfahren zu stellen und ihn zu vernehmen.

Kurz darauf geschah aber wieder ein Malheur. Es wurden neuerlich, diesmal in Paris, Aktienpapiere beschlagnahmt, deren Spur sich auf der „Validia“ verloren hatte. Als man das Finanzinstitut, das die Papiere zu dieser Zeit besaß, über die Herkunft befragte, verwies es auf einen Herrn... Stavisky. Nun ließ sich die Polizei einmal Alexander Stavisky kommen. Man brauchte ihn nicht lange um Auskunft zu bitten:

„Die Papiere hat mir ein Freund anvertraut, Herr Rebucco,“ erklärte er.

Als die Polizei nach diesem forschte, konstatierte sie, daß Rebucco mit Marcel Benda identisch war.

So war glücklich der Kriminalfilm bei der Vaudeville-episode angelangt. Benda hatte von Stavisky, Stavisky hatte von Benda... Sie werden nun meinen, daß mit einer Gegenüberstellung von Benda und Stavisky das Geheimnis der „Validia“ in einer Viertelstunde zu lösen wäre. Hier aber beginnt sich wieder die Vorliebe der Pariser Polizei für mysteriöse Kriminalfilme bemerkbar zu machen — und sie konfrontiert Benda und Stavisky nicht!

Die belgische Polizei aber dachte und handelte prosaischer. Sie hatte Benda auf alle Fälle gerichtlich aburteilen und auf ein Jahr einsperren lassen. Als die Strafe um war, lieferte sie ihn der Pariser Polizei aus. Diese konnte nicht umhin, sich bei Benda nun doch ein wenig wegen der entwendeten Papiere zu erkundigen. Was glaubt man, antwortete Benda auf alle Fragen? „Ich erinnere mich an nichts mehr, mein Gedächtnis läßt mich völlig in Stich... Anfall von Amnesie... übrigens kann man mich nicht zweimal wegen des gleichen Delikts verurteilen... und Stavisky lenne ich überhaupt gar nicht...“

Da nun Benda Stavisky nicht kannte, wollte der Untersuchungsrichter schon gar nichts mit ihm zu tun haben.

So debattierte der schöne Alexander in der Welt der Gelehrten...

## „Mit mööglich...“ sagt Brock

Der große Clown Brock ist zur Zeit gar nicht sehr späßig aufgelegt, seine Tochter macht ihm viel Kummer. Die wenigsten Menschen wußten überhaupt, daß Brock eine reizende, begabte Tochter hat, die schon einmal unter dem Pseudonym Bianca Bordini in Paris ein erfolgreiches Konzert gegeben hatte. Der Vater hielt seinen Sproßling immer verhehrt und hatte ihm strikt verboten, jemals zur Bühne zu gehen. Jahrelang hat das arme Mädchen auf dem Lande bei dem Clown an der Riviera gelebt und sich, getreu dem Gebote des Papas, schrecklich gelangweilt. Jetzt aber ist das Unglück geschehen, die junge Bianca hat sich verliebt, und zwar zu allem Unglück in einen jungen erfolgreichen Artisten namens Marchal Hall... Die beiden wollten heiraten, aber Brock weigerte sich energisch, seine Einwilligung zu geben. Doch die Liebe ist härter als väterlicher Widerspruch, Fräulein Brock ist bereits Frau Hall geworden und debütiert als Artistin in Paris in demselben Theater, in dem auch Brock vor vielen Jahren seine erste Vorstellung gab. Brock aber brummt ärgerlich ein „mit mööglich“ in seinen imaginären Bart, aber alle Welt hofft, daß das väterliche Pardon den Erfolg des jungen Paares krönen wird.

## Operation um eine Zahnbürste

Usher Schupack aus Brooklyn hat seine Zahnbürste verschluckt. Er machte sich darüber weiter keine Sorgen, bis er nach einigen Tagen doch solche Magen Schmerzen bekam, daß er sich zum Arzt beauftragte. Eine Röntgenaufnahme stellte die Lage der Bürste im Mageninneren fest. Mister Usher wurde auf den Operationstisch gelegt, eine kleine Narbe — und als er aufwachte, zeigten ihm die Ärzte freudestrahlend die Bürste: „Die Operation ist gut abgelaufen, sehen Sie hier die Fremdkörper.“ Aber Mister Usher Schupack aus Brooklyn besaß sich lange Kopfschüttelnd das Ding, das der Arzt in der Hand hielt. „Nein, Herr Doktor, Sie haben sich geirrt, das ist nicht meine Zahnbürste, ich laß' mir nichts einreden, ich kenne sie ganz genau, schon an der Farbe.“ Es half nichts, daß der Arzt dem Patienten zu beweisen versuchte, daß durch die Magensäure eine chemische Veränderung der Bürste erfolgt sei, der Patient blieb noch einige Tage im Krankenhaus, bis die Wunde verheilt war und erzählt jetzt in ganz Brooklyn herum, daß die Ärzte eine fremde Zahnbürste aus seinem Magen herausgeholt hätten.

## Seltamer Goldfund

In der Nähe von Kraljevo wurden von einem Bauern Goldbarren gefunden, die merkwürdig geformt sind und zirka 10 Kilogramm pro Stück wiegen. Man nimmt an, daß es sich um einen Goldfund handelt, der vor mehreren hundert Jahren anlässlich eines Türkeneinfalles von serbischen Flüchtlingen vergraben wurde. Ein Drittel muß an den Staat abgeliefert werden. Die Funde lassen erkennen, daß es sich um im Lande gemonnenes Metall handelt, und man hegt die Hoffnung, noch die Goldminen zu finden, die im Mittelalter von den Rumänen und später von den Serben ausgebeutet wurden.

## Ein Angeheuer geboren

In dem städtischen Krankenhaus der Stadt Tucuman in Südamerika gebar eine Frau ein Kind, das zum Entsetzen der Ärzte die Formen eines Meerrettiers hatte. Das Neugeborene hatte die typischen charakteristischen Merkmale eines Fisches, ein Meerrettier ohne Geschlechtsorgane. Die Speisorgane der Mißgeburt erinnern an die einer Kaulquappe. Die Weine, die zusammengewachsen sind, enden in einem fischschwanz ähnlichen Gebilde. Das Kind starb sofort nach der Geburt. Die Mutter schwebt in Lebensgefahr.

## Die großen Preise aus Frankreichs literarischem Leben

Es wäre gewiß kein Beweis von genauer Kenntnis der Sachlage, wenn man zwischen der Verteilung der wichtigsten Literaturpreise und dem jeweiligen Stande des literarischen Lebens eine enge Verbindung konstruieren wollte. Immerhin, das Jahr 1933 hat als Träger der wichtigsten Anerkennungen auf diesem Gebiet erheblich belangreichere Erscheinungen bezelichnet, als das letzte im allgemeinen üblich war, und es will scheinen, als ob diese Beweise von Urteilsfähigkeit der verschiedenen Jurys auf die Selbstkritik der Autoren einen eher günstigen Einfluß geübt hätten. — Bekanntlich war es im vorigen Jahr Henri Duvernois, der durch den Großen Literaturpreis der Academie Francaise ausgezeichnet worden war; dem greisen Antoine hatte der Not der „unsterblichen“ Bierzig den „Prix Brieux“ zuerkannt, Andre Malraux wurde zum Träger des „Goncourdpriess“ und Charles Braidant, Verfasser des Romanes „Le Roi dort“ (Verlag Denoel et Steele) zum Laureaten des „Prix Theophraste Renaudot“ erwählt. Den „Preis des ersten Romans“ erhielt ein Autor namens Raymond Houssiane für einen Band, der „Individu“ heißt (Verlag Grasset) und unter dem Pseudonym „Houssiane“ verbirgt sich der jüngere Bruder des bekannten katholischen Romanciers und Akademikers Francois Maurice, der soeben durch die Zusammenfassung einer Reihe älterer Gelegenheitsaufsätze zu einem Buch, das er „Journal“ nennt (Verlag Grasset), den bestrebenden Beweis einer beginnenden Selbstüberhöhung geliefert hat.

Von den wichtigsten Prosaautoren französischer Junge sind vier der bekanntesten mit der Schaffung mehrbändiger Romane beschäftigt, deren Abschluß sich zum Teil noch schwer übersehen läßt. So wartet das geistige Frankreich mit ungeduldiger Spannung auf die zwei Schlussbände, in denen Roger Martin du Gard — seinem umfassenden Ursprungspiane zuwider — sein herrliches Hauptwerk „Les Thibaults“ (Verlag Gallimard) zu Ende führen will. Seit dem Erscheinen seines kurzen, doch darum nicht minder be-

langweilen Dorfromanes „Diele France“ arbeitet dieser große Dichter in der Abgeschlossenheit des Mittelmeerrädhens Casis an dieser entscheidenden Modifikation seiner Lebensschöpfung. Romain Rolland, dem Frankreich weitere Preise — bei allem Respekt vor seiner schriftstellerischen Leistung — mit einer unfehlbaren Indifferenz gegenübersehen, hat im Laufe des letzten Jahres zwei weitere Bände seiner „Ame enchantee“ (Verlag Albin Michel) herausgegeben, der produktive Jules Romain wirft paarweise die 24 verbleibenden Bücher seines unerfreulichen Kiesenromanes auf den Markt, der unter dem Sammeltitle Les hommes de bonne volonte (Verlag Flammarion) herauskommt, während Georges Duhamel uns mit „Le Notaire du Havre“ und „Le Jardin des Beles sauvages“ die beiden ersten Teile seiner „Chroniques des Pasquiers“ beiseit hat, die diesen bedeutenden Erzähler erneut in seiner eigenartigen Meisterhaftigkeit zu voller Geltung bringen. Von besonderem Interesse ist aus der Feder Georges Duhamels auch ein „Remarque sur les Memoires imaginaires“ betitelt Buchlein, in dem der Autor die eigene Schaffensart in Gegenlag zu der Roger Martin du Gard's und Jules Romains stellt und die Forderung der Abgeschlossenheit des einzelnen Bandes zu einem Grundprinzip für den Fortschrittsroman erhebt, während er sich andererseits, wie Roger Martin du Gard, als Gegner der untransponierten Autobiografie erklärt und damit in das Thema der Auseinandersetzungen zwischen du Gard und Andre Gide eingreift, die durch dessen Buch „Und näher die Erde“ (Si le grain ne meurt) hervorgerufen worden war. Daß der heute völlig der Politik zugewandte Andre Gide der Literatur nur noch den Tribut einer Revue seiner „Gesammelten Werke“ die im Verlag Gallimard erscheinen, soll, wird von Gegnern und Freunden sehr unterschiedlich interpretiert.

Hat sich Andre Maurois zur Zeit wieder hauptsächlich als Biograf erprobt und einem „Nauten“ (Verlag Plon) eine „Die de Voltaire“ folgen lassen, so hat sich Henri

Duvernois durch den Roman „A l'ombre d'une femme“ (Verlag Grasset) erneut als einer der zartesten und tiefsten Seelenwilderer der gereiften Generation gezeigt; Jüde dieses Meisters fallen einem auch in einem Erzählungsweck auf, in „Feux du Matin“ von Charles Mauban (Verlag Grasset), der mit ergreifender Reinheit zu erzählen weiß, wie ein Jüngling in „sündige“ Liebe zu seiner Stiefmutter verstrickt wird. Bücher wie dieses und wie der in seiner Kunstlosigkeit so erschütternde Frucht- und Irrfahrtenbericht des russischen Emigranten Michel Matveev, der den Titel „Les Traques“ (Die Gebeizten) trägt (Verlag Gallimard) verdienen, als neue Regungen in Frankreichs Literatur, bestimmt härtere Beachtung als die Neuaufgaben, in denen jede Emanation eines Bedel, Morand oder gar eines Delebra auf den Weltmarkt lanzieren wird.

Während junge Kräfte wie Malraux, Dabit und einige andere das geistige Leben mit Ungestüm nach vorwärts zu treiben bemüht sind, scheint unter den Mitgliedern der „Academie Francaise“ eine Art von Retrospektivkrankheit ausgebrochen zu sein. Nicht nur Poincare, Cambon, Paleologue und andere politische Persönlichkeiten sähen fort, ihre „Denkwürdigkeiten“ in die Welt gehen zu lassen, auch Paul Bourget, Maurice Donnay, Henry Bordeaux sowie Henri de Regnier, von denen man zumindest nicht behaupten möchte, daß sie von weltbewegender Bedeutung seien. Unter der Kuppel des „Valgis Majarin“ ist außer Paul Valerys subtiler Dialogstudie „L'Idée fixe“ (Verlag Gallimard) in jüngster Zeit nur wenig Dauerhaftes gewachsen, denn über die Grammatik soll hier nicht geredet werden.

Zu den „Sensationen“, die uns die letzten literarischen Ereignisse in Frankreich gemährt haben, gehört dagegen die Veröffentlichung eines schönen Verbands, „Encore un instant de Bonheur“, durch Henry de Montherlant (Verlag Grasset), der uns gleichzeitig informiert, daß sein seit Jahren angekündigter und inzwischen vollendeter sozialer Roman „La Rose de Sable“ niemals erscheinen wird. Ein solches Beispiel der kritischen Einstellung zur eigenen Leistung könnte eigentlich sogar den erlauchten Geistern zu denken geben, die gegen das Entgelt der „Unsterblichkeit“ die Macht über Frankreichs Sprachgut übernommen haben.



# „Uns wird der Mund verboten...“

## Der Pfarrer-Notbund gegen den Reichsbischof

Die Karfreitagbotschaft des Reichsbischofs, über die wir ausführlich berichtet haben, ist nicht unbeantwortet geblieben. Da den Pfarrern des Notbundes weder Presse noch Rundfunk zur Verfügung stehen, ist ihnen der Weg in die Öffentlichkeit sehr erschwert. Sie haben ihn trotzdem gefunden; uns liegt ein Flugblatt vor, das in mutiger und kämpferisch-entschlossener Weise gegen das unchristliche Kirchenregiment des Reichsbischofs Stellung nimmt.

Die entscheidenden Stellen der Botschaft lauten:

Der Herr Reichsbischof hat eine Karfreitagbotschaft erlassen. Eine Botschaft, die uns darum aufs tiefste erschüttert, weil sie die ungeheure Gefahr verschleierte, in der sich die evangelische Kirche befindet. In der Gewissheit, daß Gottes Segen von der Kirche weichen muß, wenn diesem Schreiben gegenüber nicht die Wahrheit bezeugt wird, müssen wir den Mund aufstun. Unser Gelübde . . . gebietet uns zu reden.

Der Herr Reichsbischof ruft uns in seinem Schreiben unter dem Namen Gottes und das Kreuz Jesu Christi, und zugleich greift er uns vor der Öffentlichkeit an.

So entsteht kein Wunder, den wir Pfarrer ernst nehmen können. Denn solange der Name und das Wort Gottes zu menschlichen Zwecken mißbraucht werden . . . müssen wir gegen einen solchen Mißbrauch mit unserem Zeugnis aufstehen.

Der Herr Reichsbischof schreibt: „Wir müssen um ein Verständnis der Sachlage miteinander ringen.“ Aber dieses offene Ringen ist uns ja gerade unmöglich gemacht.

Der Reichsbischof und die deutschen Christen dürfen jederzeit reden, — uns wird der Mund verboten.

Wir haben darum gekämpft, aber unseren Kampf hat man als Auflehnung ausgelegt. Darum haben wir die seit dem Sommer 1933 gebildeten Synoden als unfirchlich ablehnen müssen, weil in ihnen jegliches Ringen unterbunden wurde. Hatten auf ihnen die deutschen Christen die Mehrheit, dann wurde uns das Wort entzogen; hatten sie die Minderheit, dann ließen sie die Synoden auflösen.

Der Herr Reichsbischof ermahnt uns, wir sollten . . . niemanden mehr diffamieren. Zu gleicher Zeit läßt er in Berlin und in Dortmund ehrschnürende Anwürfe gegen uns und widersprechen. Am gleichen Tage (24. März) steht er uns in der Öffentlichkeit herab und wirft uns „firchliches Aufregungsbedürfnis und Martyriumbedürfnis“ vor . . . und merkt gar nicht, wie unchristlich er damit redet.

In der Botschaft heißt es, ein männlicher Pfarrerstand suche das Unrecht zunächst bei sich selbst. Richtig, aber warum steht dann im Schreiben des Reichsbischofs jedes Wort von der Vermüdung der Kirche durch seinen Amtsraub vom Sommer 1933, von seinen Verfassungsgrößen und seiner unevangelischen Diktatur?

Zur Frage der Amnestie, von der der Reichsbischof spricht, wird festgestellt: „Wir wissen nicht, wer das Geistliche Ministerium bestürmt hat. Die zu Unrecht disziplinierten Pfarrer waren es jedenfalls nicht. Wie könnten verantwortliche Diener unserer Kirche, die die Sache des Bekenntnisses führen, eine Amnestie für sich fordern? Sie würden damit den Gewalthabern Recht geben, anstatt von ihnen die Wiedergutmachung des Unrechts zu verlangen.“

Eine Amnestie, die mit echter Vergebung so wenig zu tun hat, daß zugleich rechtlose Unterwerfung zur Bedingung gemacht wird, weisen wir weit von uns.

Der Reichsbischof ermahnt uns, den Blick nur auf die Gemeinde zu richten . . . Unsere Gemeinden sind es aber, die von ihren Pfarrern das Zeugnis verlangen und ver-

langen müssen, daß sie ihnen auch zu dem bekennniswidrigen Handeln des Kirchenregimentes das weisende Wort sagen.

Jeder klare und zielbewusste Ausbau der Einzelgemeinde wird unmöglich, weil die Kirchenleitung den deutschen Christen und ihren gemeindeauflösenden Methoden Vorhubs leistet. Die Gemeinden machen sich auf,

weil sie die Bepfiegelung und Mahreglung ihrer Hirten und Lehrer nicht mehr ertragen.

Sie selbst sind zum Bekennen aufgerufen durch die in die Kirche eingedrungenen Irrlehren und Gewaltmethoden.

... Es ist unsere große Freude in dieser kampfreichen Zeit, daß evangelische Gemeinden sich zusammengelunden haben zu freier Synode. Daß uns Gott dies hat erleben lassen, ist uns eine lebendige Erlösung seiner Gnade.

... Was die Ordnung in der Kirche betrifft, ist allein das fremde Evangelium, das der Reichsbischof verkündigt, läßt und für das seine eigene, längst an die Gemeinden ergangene Osterbotschaft ein erschütterndes Beispiel ist . . .

... Daher will die Gemeinde Christi von allem toten Liberalismus endlich befreit sein.“

Die Erklärung schließt mit einem Appell zur Zusammenarbeit und ist unterzeichnet von den Pfarrern des Notbundes. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß auch 24 Pfarrer der Saar sich dieser Kundgebung gegen den Reichsbischof anschließen und sie mit ihrem Namen unterzeichnen. Die Opposition der Protestanten an der Saar ist im Wachsen begriffen. Und in eingemeihten Kreisen besteht die Auffassung, daß auch der Besuch des Reichsbischofs, der für die allernächste Zeit in Aussicht steht, nicht ausreicht, die an der Saar gegen ihn bestehende Kampfstimmung aus der Welt zu schaffen.

## Der Reichsbischof droht

### Wer nicht pariert, fliegt

Reichsbischof Müller sprach in Bremerhaven über die Aufgabe der Deutschen Evangelischen Kirche im „dritten Reich“. Er führte unter anderem aus:

Das Neue im Kirchentum wachte langsam, aber die jetzige Generation sei ein Bahnbrecher. Zum letzten Male habe er jetzt den Keimen, die sich dieser Art entgegenstemmen, mit dem Staate die Hand zum Frieden ausgestreckt. Mehr als einmal habe er öffentlich erklärt, daß die Kirche auf Bibel und Bekenntnis laufe, „wer aber jetzt nicht will, der ist bösen Willens, den lassen wir mit aller Energie und aller Stärke.“ Die Kirche im „dritten Reich“ müsse mit besonderem Augenmerk darauf achten, daß auf ihren Kanzeln aus dem Herzen und dem Volke ins Dery gepredigt werde. Für theologische Auslassungen im Rathederdeutsch sei kein Platz im Gottesdienst. Darum würden in Zukunft die jungen Theologen im Arbeitslager oder in der S.A. erst einmal das Volk kennen lernen, dem sie später dienen sollten. Die Gotteshäuser müßten gemütvoller ausgeschaltet werden und die Anzahl der Gesangsbücher müßte einem einzigen Gesangsbuch weichen, in dem die Reden enthalten seien, die die Gemeinde auch wirklich singen könne.

### Katholische Theologen vom Arbeitsdienst befreit

Nach einer Verfügung des Herrn Innenministers sind die Abiturienten, welche von den katholischen kirchlichen Behörden zum Studium der Theologie zugelassen sind und daselbst mit dem kommenden Sommersemester beginnen, gleich den übrigen Theologiestudierenden von der Verpflichtung zum Arbeitsdienst befreit.

# „... was da verlesen wurde, ist gelogen...“

## Eine Kundgebung des Kölner Erzbischöflichen Generalvikariats

Mit welcher Schärfe bereits der Kulturkampf zwischen nationalsozialistischen und katholischen Wüstenräubern geführt wird, dafür liegt ein neues Beispiel aus Köln vor. Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln veröffentlichte eine vom 28. März 1934 datierte Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

Vor einigen Wochen hat Se. Eminenz der Hochwürdigste Herr Kardinal und Erzbischof in Erfüllung seiner oberhirtlichen Pflicht die Gläubigen der Erzdiözese eindringlich gewarnt vor Bestrebungen, das Christentum zu verdrängen durch eine „alleinige artemische Religion des deutschen Volkes“, die mit der Glaubenslehre unserer hl. katholischen Kirche und selbst mit den Grundwahrheiten des Christentums in unüberbrückbarem Widerspruch steht. Die Mahnworte unseres Oberhirten, die einen rein religiösen Inhalt hatten, sind nach einem Bericht der „Rhein-Wupper-Zeitung“ vom 24. März

in einer politischen Versammlung zum Gegenstand heftiger Angriffe gemacht worden. Nach dem Berichte der genannten Zeitung scheint ein Redner sich nicht, öffentlich zu erklären: „Man verliest in den Kirchenzeitungen oberhirtliche Mahnungen. Ich aber behaupte, was da verlesen wurde, ist gelogen... Es ist eine Lüge, wenn das Hirten schreiben die Mahnung gibt: Lacht euch, geliebte Erzdiözesanen, auch nicht beunruhigen und irremachen durch die, welche öffentlich zu sagen wagen, eine längst erfolgte Vereidigung verpflichte zu einer Aenderung eurer religiösen Ueberzeugung. Wo ist nur ein einziges Mal von uns Nationalsozialisten derartige gesagt worden? Wo haben wir verlangt, daß der Katholik oder der Protestant seinen Glauben ablegen oder verleugnen soll? Nie und nirgends.“

Diese öffentliche Vereidigung unseres Oberhirten zwingt uns, öffentlich festzuhalten: Am Tage nach der bekannten Vereidigung, am 26. Februar 1934, brachte der „Westdeutsche Beobachter“ in Nr. 3 einen Leitartikel aus der Feder seines Hauptredakteurs. Darin wird im Hinblick auf die am Tage zuvor vollzogene Vereidigung wörtlich gesagt:

„Das Bekenntnis zur Religion des Altes, gestern schon war es grobhartige Wirklichkeit geworden. Mit dem gestrigen Tag hat der Kampf um den Nationalsozialismus als alleinnige artemische Religion des deutschen Volkes seinen triumphalen und entscheidenden Anfang genommen. Wer diesen Schwur auf Götter getan

hat, ist dieser unserer erhabenen Idee bis in den Tod verschworen. Es gibt kein Zurück mehr, kein Ueberlegen und keine bangen Zweifel!“

Wenn man mit den Worten Religion überhaupt noch den Sinn verbindet, der ihm eigen ist, dann wurde in diesem Leitartikel tatsächlich von allen Vereidigten das Bekenntnis zu einer neuen Religion verlangt, ja, als mit dem Eide gegeben hingestellt.

Gegen diese Mißdeutung der Vereidigung hat der Oberhirte unserer Erzdiözese daher mit Zug und Recht Stellung genommen, zumal ihm, gerade auf Grund des bezeichneten Artikels Gewissensbedenken aus weiten Kreisen gläubiger Katholiken mündlich und schriftlich unterbreitet wurden.

Es ist daher eine bisher wohl noch nicht vorgekommene Ungehörigkeit, daß eine solche rein religiöse Belehrung und Mahnung des Oberhirten der Kölner Erzdiözese, wie die Tageszeitung in auffallendem Druck berichtet, als „eine Lüge“ bezeichnet wurde.



**Bares**

Bischof von Berlin.

Er ist als Anwärter für den Kardinaltitel in Aussicht genommen.

## 14. Mai

### Tage der Saardebatte in Genf

DRS. Genf, 17. April. Das Völkerbundsekretariat hat heute die Tagesordnung für die nächste Tagung des Völkerbundesrates bekanntgegeben, die am 14. Mai, vormittags 10.30 Uhr, beginnen soll. Auf der Tagesordnung finden wir ein buntes Durcheinander von gleichgültigeren und wichtigeren Fragen. Neben den verschiedenen Verwaltungs- und Finanzfragen der Völkerbundsorganisationen stehen Berichte über Raubgültigkeit und Kinderhandel und dergleichen. Schließlich finden sich dazwischen einzelne Punkte der Tagesordnung, die größeres Interesse beanspruchen. Die Saarfrage wird als Punkt 17, das heißt als vorletzter Punkt der Tagesordnung, angeführt. Als Aufgabe des Rates werden dabei wieder vorbereitende Maßnahmen für die Saarabstimmung bezeichnet. Gleichzeitig heißt es, daß auf dieser Völkerbundsversammlung der Bericht des Dreierkomitees für die Saarabstimmung vorgelesen werden wird. Berichterstatter für die Saarfrage ist wie immer der italienische Staatsdelegierte.

Der Völkerbundsrat wird sich im Laufe dieser Tagung auch mit dem Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay beschäftigen, wobei nunmehr der Bericht der nach Südamerika entsandten Völkerbunds-Kommission vorgelesen wird. Außerdem wird der Streitfall zwischen Kolumbien und Peru wegen des Festschlaggebietes, eine Grenzfrage zwischen Syrien und Palästina und die Frage der Umgliederung der Affurer aus dem Irak den Rat beschäftigen.

## Saargedanken für 1935

### Pg. Scherer sehnt sich nach dem Messer

In der großen hänischen Zeitung „Politiken“ liest man eine Meldung ihres Korrespondenten, die sich mit den Zuständen an der Saar beschäftigt. Sie lautet: Das Mitglied des Führerrates der „Deutschen Front“ in Dillingen, Pg. Scherer, hat kürzlich in einer Rede folgendes erklärt: „Sofort nach der Volksabstimmung im Jahre 1935 wird unsere Partei 24 Stunden lang im ganzen Saargebiet eine exemplarische Reaktion durchführen. Wir hatten den Führer unserer Partei gebeten, uns 48 Stunden für diesen „Gerechtigkeitsakt“ zu gewähren, aber wir haben nur 24 Stunden erhalten können. Meine lieben Volksgenossen, bereitet Euch also vor. Eure Messer aus der Scheide zu ziehen und die Verräter zu züchtigen. Ihr müßt schnell arbeiten, denn Ihr werdet in 24 Stunden ein Nachwerk vollbringen müssen, das mindestens 48 Stunden erfordert haben würde.“

Außerungen dieser Art fallen täglich an der Saar. Diese Meldung ist freilich so knapp, daß wir ihre Bekätigung abwarten müssen. Dieser Pg. Scherer spricht zu offen von seiner Sehnsucht nach Blutrache an seinen politischen Gegnern. Es wäre Aufgabe der Regierungskommission, sich diesen Mann näher zu betrachten.

## Vor allem Daßfrage...

### Der Emigrantenkommissar

Der vom Völkerbund eingesetzte Hochkommissar für die deutschen Flüchtlinge der Amerikaner James MacDonald, und der ihm als enger Mitarbeiter beigegebene Engländer Norman Bentwich, bekanntlich Jude und ehemaliger Oberstaatsanwalt und Leiter des Justizweins in Palästina, trafen auf ihrer Reise durch die europäischen Länder am Samstag, dem 14. April in Prag ein, wo sie mit den Führern und Führerinnen der Flüchtlingshilfskomitees und wahrscheinlich auch mit Repräsentanten der deutschen Emigration in der Tschechoslowakei verhandeln werden. Die beiden Herren werden selbstverständlich auch mit Vertretern der Regierung der Tschechoslowakischen Republik zusammenkommen.

Ueber den Gegenstand aller dieser Besprechungen, die in den verschiedenen Ländern gepflogen werden, hat Norman Bentwich die Presse in London zum Teil informiert. Hier verläutet daß auch über ein Memorandum gesprochen werden wird, welches die deutschen Emigranten vor allem in Genf überreicht haben. Darin fordern die Emigranten vor allem eine Regelung der Fahrkarte in dem Sinne, daß jene Flüchtlinge, welche reichsdeutsche Pässe haben, die Verlängerung von dem Hochkommissariat für die Emigranten erhalten und diejenigen, die überhaupt keine Pässe haben, solche in der Art der Nanzen-Pässe bekommen sollen.

Von Prag begeben sich MacDonald und Bentwich nach Warschau.

Gegen Anfang Mai wird in London eine Konferenz stattfinden, an der Vertreter von 13 Ländern teilnehmen werden, die an dem Hilfswerk für jüdische Emigranten aus Deutschland mitarbeiten.

Der kanadische Ministerpräsident, Bennett, eröffnete in einer Rundfunkrede die Kampagne unter den 150.000 in Kanada lebenden Juden, die sich zum Ziel gesetzt hat, 200.000 Dollar für die Ansiedlung von 2000 aus Deutschland emigrierten Juden in Palästina zu sammeln.

## Jüdische Krüppel ausgeschlossen

### Selbsthilfeorganisation jüdischer Körperschaften gegründet

Die Selbsthilfegruppe jüdischer Körperbehinderter teilt mit: Nach Einführung des Kriegsvorsatzes bei den allgemeinen Selbsthilfeorganisationen stellte sich sehr bald die Notwendigkeit heraus, einen Zusammenschluß der jüdischen Körperbehinderten herbeizuführen. Das geschah nun. Durch die neu geschaffene Organisation soll den Juden, die von Geburt an Körperbehindert waren oder es im jugendlichen Alter geworden sind, Beseitigung gegeben werden, die für sie in erhöhtem Maße bestehenden Schwierigkeiten des Lebens besser zu überwinden. Die jüdische selbsthilfende Behinderten wird der Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den Schicksalsgefährten aufsuchen. Eine besonders wichtige Aufgabe der Organisation ist es, die Behinderten so zu erstarben, daß ihnen das Gefühl der Wertlosigkeit genommen wird, daß sie der gesunden Umwelt den klaren Beweis erbringen, daß auch Krüppel wertvollende und vollwertige Menschen sind, wenn ihnen der richtige Weg gewiesen wird.

Südb. Der Prokurist und Sturmführer der SS. Hof hat im Jahre 1933 große Unterschlagungen begangen, wegen derer er neun Monate Gefängnisstrafe verbüßen mußte. Trotzdem diese Tatsache hier allgemein bekannt ist, spielt Hof die ausschlaggebende Rolle im politischen Degermat der hiesigen Kriminalpolizei bzw. der Gestapo.



# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Die Konzerte im Jardin du Luxembourg beginnen nächsten Samstag wieder und sollen jeden Donnerstag und Samstag 15.30 Uhr zum Einheitspreise von 1 Franken stattfinden. Der berühmte Park prangt in dichtem Frühlingslaub.

M. Langeron, der Pariser Polizeipräsident, hat den bei den Unruhen verletzten Pariser Journalisten Vertex vom „Journal“ in der Klinik besucht.

Furtwängler hat mit den Berliner Philharmonikern am Dienstag das erste seiner beiden gleichgeschalteten Gastspiele in der Pariser Großen Oper abgehalten.

Ein Bild von Mozart als Kind, das Duplessis zugeschrieben wird, wurde aus der Ausstellung der Nationalbibliothek dem französischen Staate geschenkt und vom Räte der schönen Künste angenommen.

Am Sonntag, dem 29. April, findet eine Tagesfahrt einschließlich Verpflegung und Autocar für 100 Franken nach den berühmten Loire-Schlössern statt. Besucht werden die historischen Renaissanceschlösser von Blois, Chambord, Amboise und Tours. Abfahrt von Paris 7 Uhr mit der Orléansbahn, Rückkehr Mitternacht. Ferner werden anlässlich des Festes der Jungfrau von Orléans besondere Fahrkarten zum halben Preise hin und zurück nach Orléans in der Zeit vom Samstag, dem 5. bis Dienstag, den 8. Mai ausgegeben.

Im Institut d'Etudes Germaniques spricht am 5. Mai, nachmittags 5 Uhr, über Sprache und Musik Anselm Ruest vom philosophischen, David Luschnat vom dichterischen, Paul Bekker vom musikalischen Standpunkt. Die Vorträge finden in deutscher Sprache statt.

### Deutsche Bühne in Paris

Im nichtgleichgeschalteten Pariser „Deutschen Klub“ (gegründet 1925) werden am Samstag, dem 21. April, um 21 Uhr, drei moderne Einakter (von Dr. I. Litwin) aufgeführt:

1. „Vor dem letzten Akt“ (Komödie).
  2. „Das Verhör“ (Dramatische Szene).
  3. „3 Uhr morgens“ (Lustspiel).
- Mitwirkende: 2 Damen und 5 Herren.  
Gäste gerne willkommen. Eintritt: 5 oder 6 Franken, je nach Platzkategorie.  
Für Stellungenlose ermäßigter Eintritt: 3 Franken.  
Nach der Aufführung: Geselliges Beisammensein mit Tanz.  
Die Adressen des Deutschen Klubs lautet: Université du Parthénon, 64, Rue du Rocher, Paris 8<sup>e</sup> (am Bahnhof St. Lazare).

### Pariser Musik

Die Wiener Philharmoniker konzertieren unter Bruno Walter am 26. April in Paris (Große Oper), am 27. in Brüssel.

Die Wiener Sängerknaben hatten in der salle Gaveau mit den Motetten, A-cappella-Chören und Volksliedern sowie der Wiedergabe von Mozarts „Bastien und Bastienne“ reichen Beifall.

In der Ecole Normale de Musique findet am Freitag, 17.30 Uhr, ein Festkonzert spanischer Musik statt (78, rue Cardinet).

Der bedeutende Pianist Piatigorsky konzertiert Freitagabend bei Gaveau.

Montag spielt das Negerorchester Cab Calloway vom Cotton-Club in New York in der salle Pleyel.

Das Orchestre Colonne gab sein letztes diesjähriges Konzert. In dem von Paul Paray dirigierten Programm fiel außer der ausgezeichneten Wiedergabe der Heroischen Symphonie von Beethoven die erste Konzertaufführung einer Suite aus dem jüngst mit Schallplattenmusik uraufgeführten Ballett „Giration“ von Pierné auf. Das Publikum brachte bei der Aufführung des selten gespielten Präludiums „L'Enfant-Roi“ von Alfred Bruneau dem als Komponisten und Musikschritsteller gleich bedeutenden Altmeister eine stürmische Huldigung dar. P. W.

### Bonnet erscheint wegen Ungebühr vor Gericht

Charles Bonnet, der merkwürdige frühere Pariser Anwalt, der durch die Tötung einer Markthändlerin einen Mord in Verbindung mit seiner Freundin begangen haben soll und der auch in einem dunklen Schein zu einer anderen Frau-tötung steht, markiert im Gefängnis zu Saint-Etienne in Mittelfrankreich bekanntlich den wilden Mann. Er verweigert alle Aussagen, läßt sich zwangsweise vorführen und beleidigt gelegentlich auch die Obrigkeit. So hat er einmal bei einer Vorführung zu den Gendarmen, die ihn geleiteten, einen Ausdruck gebraucht, der wörtlich übersetzt etwa lautet: „Ihr müßt wohl die Rotzkrankheit haben, um mir mit dieser neuen Betrugsgeschichte zu kommen, wie viel habt ihr denn in der Sache Marie Moulin bekommen?“ Um den Sinn des Wortes „Rotzkrankheit“ zu verstehen, muß man wissen, daß es ein französisches Sprichwort gibt: „Wer den Rotz hat, schnupfe sich“, das heißt: „Wer sich getroffen fühlt, krage sich“.

Charles Bonnet sollte wegen dieser drastischen Ausdrucksweise jetzt vor den Schranken der Strafkammer zu Saint-Etienne erscheinen, aber er kam nicht. Er erklärte auf alle Ueberredungsversuche: „Ich widerstehe mich nicht, aber ich rühre kein Glied.“ So ließ man ihn in seiner Zelle, in der er sich, nebenbei bemerkt, vor Monatsfrist den Fuß verbrannt hat. Auch sein Anwalt war nicht da. Dafür erschienen die beiden Hüter der Ordnung, die der wilde Mann schwer gekränkt hatte.

Der Staatsanwalt war sehr ungehalten und beantragte, daß das Gericht gegen diesen so schweren Verbrechen Angeklagten mitteillos richte. Das Urteil in diesem ersten Charles-Bonnet-Prozess lautete auf vier Monate Gefängnis wegen Beamtenbeleidigung.

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

## Deutsche Poliklinik

1. Trinité 43-13  
Métro Pigalle

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten  
Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blot, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie  
Zweigeschossige Sanatoriumsgebäude, Klippe, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung

c) Geburtshilfliche Klinik  
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 1 Aerzte, 1 Hebammen und 2 Operationsäle

d) Zahnärztliches Kabinett  
Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

### Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen  
Nase, Hals, Ohren  
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr; Sonntags vormittags  
Metro: Reaumur, St. Denis

### Docteur Spécialiste

1 DEUTSCHSPRECHEND  
Mönchener u. Pariser Fakultät  
17, rue Reaumur  
Métro Arts-et-Métiers od. République  
Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche. Neueste Heilverfahren, Elektrizität.

Harn-, Samen- und Blutanalysen.  
Massege Bedingungen. (Auch für Kassenversicherte.)  
Täglich von 9-1 und 4-8,30 Uhr. Sonntags und Feiertags von 9 bis 1 u. auf Rend. v. Tel. Arch. 54-27

### Inserieren bringt Gewinn!

### Vorstellungen auf dem Montmartre

Im Faubourg Montmartre liegt ein kleines Theater: *Le Perchoir*, die Vogelstange. Theater ist schon ein bißchen viel gesagt. In einem winzigen Saal mit Anhängsel, der durch Vorhänge Zutaten hergerichtet ist, treffen sich ebensoviel Sänger der Nacht wie begeisterte Hörer. Soviel Freiheit des Wortes wie hier hat wohl ein aus fernen Landen Vertriebener schon lange nicht mehr gehört, wie in diesen größtenteils politischen Brettliedern.

Unter der Führung des Gründers Jean Bastia und des jetzigen Lenkers Victor Vallier treten zuerst ein halbes Duzend Kabarettisten mit Gedichten — selbstverständlich eigenen Gewächses — auf. Wenn man das so hört, ach ja, an der Spree im Kabarett der Komiker, in der Fleißigen Leserin und so weiter, war doch alles einst bloß geistige Nachahmung der Montmartre-Fantasiisten. Das politische Chanson, was auch nur ein bißchen Pointen im Leibe hat, versteht es, ist in Paris und nicht in Berlin zu Hause.

Höchstens München... Ja, in den besten „Scharfrichter“ und „Simplicissimus“-Zeiten hätte man etwas Ähnliches, auf eigenem Boden Gewachsenes finden können, wie diese in neun Bildern lächelnde Miniaturrevue „Vive la Trêve“, die den Abend beschließt. Da ist von Doumergue bis Hitler alles, was den Pariser interessieren kann, versammelt: Generalstreik, „Coriolan“, Kabinettssturz, Bankkrach, Taxistreik, Steuererklärung und, selbstverständlich, immer wieder Stavisky mit allen Nebenerscheinungen. Das alles wird unaufdringlich, mit hundertprozentiger Andeutung, serviert, von einem kleinen Ensemble gewissermaßen aus dem Aermel geschüttelt, ebenso wie der Hauskomponist *Calabrese* mit seinem „Hausorchester“, — das ist ein selbst bedienter Stuf-Flügel — einen Musiksalat aus oft gehörten und eigenen Fantasien höchst lustig rührt und aufrägt.

Das nächste Mal auf dem Montmartre hats ein bißchen eingeschlagen. In der Nähe der Pigalle, auf dem boulevard Rochecouart, liegt der Zirkus *Medrano*. Wer Dressuren, hohe Schule, Clowns vor allem und echte Volkskomiker sehen will, wird hier trefflich bedient. Aber diesmal hats Krach gegeben.

An dieser Stätte, an der vor dreißig Jahren der große Clown *Grock* vor den Pariseren debütierte, trat jetzt seine Tochter auf. Aber sie war mit einer etwas gar zu unwahrscheinlichen Reklame angekündigt, nämlich, daß sie im Schloß des Vaters erzogen sei und daß dieser seine Erlaubnis versagt habe und daß die Prinzessin gegen seinen Willen geheiratet habe, kurzum, es gab Krach.

Ein erwartungsvolles Publikum, durch die spaltenlangen Berichte des Managers neugierig gemacht, füllte den Zirkus. Was kommt, ist ganz sympathisch, eigentlich eine Nummer für die Bühne, die in der Manege ein bißchen verpufft. Madame Bianca Hal-Grock spielt Klavier, ausgezeichnet Klavier, singt, begleitet sich selbst, tanzt zwischendurch mit ihren „playfellows“, ihr Gatte tut desgleichen, es ist eine gut ausgewachsene Variéténummer, gekonnt, wenn auch konventionell. Ob die Erwartungen einiger Besucher nun wegen des großen Namens zu hoch gespannt waren — es gab jedenfalls ein respektables Pfeifkonzert, schöner als sonst üblich. Aber Madame Grock hatte Mut, sie hielt tapfer durch, der größere Teil des Publikums kam ihr mit Händeklatschen zu Hilfe, und am Schluß schien der Applaus über die „Miesmacher“ zu siegen, obwohl von der ganzen letzten Nummer so gut wie nichts im Streit der Meinungen zu hören war.

Fürwahr, ein nicht alltägliches zweites Akt-Finale, das doch allen Anforderungen der modernen Operette bzw. des Tonfilms gerecht wird. m.

### Die Arbeitslosigkeit

Nach den letzten Zahlen vom 7. April ist die Zahl der getragenen Erwerbslosen um 548 gestiegen. Man zählt jetzt amtlich 276 000 stempelnde Männer und 70 500 Frauen und Mädchen in Frankreich. Gegenüber der Vergleichswoche 1933 sind etwa 37 000 Erwerbslose mehr da.

In Groß-Paris werden über 173 000 außerhalb der Arbeit Stehende gerechnet, und das sind in einer Frühjahrswoche 6500 mehr.

Im ganzen müssen an den Ufern der Seine etwa 7200 Leute mehr als im Vorjahre von Unterstützungen leben.

### BRIEFKASTEN

„Arbeiter-Zeitung“ in Saarbrücken. Wenn Ihr es mit ein wenig Humor versucht, gefällt Ihr uns schon viel besser. Warum denn immer gleich diese zweifelhafte Schimpferei? Wir denken gar nicht daran, die Arbeit Eurer Illegalen verteidigen zu wollen, aber daß sie allein alles schaffen, glaubt Euch niemand. Am wenigsten könnt Ihr das uns einreden, denn wir haben ja viel Beweise auch für die heidenhefte Arbeit junger Sozialdemokraten und Reichsbannerkameraden. Ihr solltet begreifen: es ist auch für Euch besser, einen revolutionären Weltreißer in der Bewegung zum Niederringen des Faschismus zuzugestehen, als in der Selbstherrlichkeit eines Monopols der Revolution zu erstarren. Tuh Ihr und einladet, auf Eurer Redaktion. Ergebnisse kommunistischer Vorkämpfe bei den Vertretungswahlen einzuleben, finden wir rührend freundlich. Wie gerne kämen wir, wir sind aber von Natur sehr bescheiden und zurückhaltend

und lassen und gerne ein bißchen nötigen. Bei einer der nächsten Einladungen kommen wir gewiß.

„Aus Offen“. Ihre Mitteilung, daß der Präsident der Arbeitsfront Dr. Vogt in der Villa Hügel des Herrn Krupp von Solheim-Palbach mit den Führern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie zusammen gekommen ist, ergänzt die Presseberichte über Vogts Deutschlandreise. Sie hat das Ziel, die Unternehmer von den privatrechtlichen Absichten des Nationalsozialismus zu überzeugen. Wir kennen keinen besseren Ort für ein solches Bemühen als die Villa Hügel, die schon Wilhelm II. zu seinen Befehnhaltungen für den Hochkapitalismus gegen sozialistische Arbeiterrechte aufgesucht hat.

Katholischer Priester in... Ihr sehr mutiger und kluger Brief ist angekommen. Wir werden Ihre Anregung mit einigen unserer Freunde überlegen und kommen dann auf die Angelegenheit zurück. Nach Ihren Erfahrungen werden Sie begreifen, daß wir nur mit der größten Vorsicht handeln. Viele Grüße!

H. in Brunn. Sie bitten uns, folgende Sätze aus der in Frage erscheinenden Zeitschrift „Aufbau“ abzudrucken: „Severing und Co. hat getan. Wir haben in der vorliegenden Nummer des „Aufbau“ die Nachrichten wiedergegeben, die besagten, daß Karl Severing zu der nationalsozialistischen Partei übergetreten sei und in einem demnächst erscheinenden Buch „Mein Weg zu Hitler“ ein Bekenntnis zu der Hakenkreuzpartei ablege. Wir haben uns zur Wiedergabe dieser Nachrichten erst entschlossen, als sie von einer Autorität wie Georg Bernward im „Pariser Tageblatt“ veröffentlicht worden waren. Inzwischen haben sich die Nachrichten in vollem Umfang als falsch erwiesen, und es ist eine selbstverständliche Pflicht festzustellen, daß Severing Unrecht getan worden ist.“ Wir anerkennen, daß der „Aufbau“ mit dieser christlichen Preisgabe einer unrichtigen Behauptung eine räuhliche Ausnahme darstellt. Gerade Zeitungen, die tagelang eine schamhafte Entschuldigung über Severings „Weg zu Hitler“ aufstellten ließen, haben nicht den moralischen Mut aufgebracht, ihr Unrecht einzugehen.

M. C. Paris. Sie wollen wissen, ob es zutrifft, daß jüngst, wie die Nazi-Zeitungen melden, der kommunistische Arbeiterführer Blum in Saarbrücken zur „deutschen Front“ übergegangen ist. Das Saarbrücker Kommunistentblatt hat dazu mitgeteilt: „Benno Blum ist bereits vor mehr als drei Jahren in hohem Bogen aus der kommunistischen Partei geflohen. Er war eines jener Elemente, die die kommunistische Partei für ihre schamhafte Politik im Dienste der faschistischen Arbeiterfeinde mißbrauchen wollten.“

Vörrath. Sie schicken uns kommentarlos folgenden Aufsatz aus dem „Kultischen Beobachter“: „Den kultischen Charakter der Massenfundgebungen des Nationalsozialismus verkörpert der Rundfunk, indem er einen gewaltigen, unsichtbaren, akustischen Dom über den deutschen Raum diesseits und jenseits der Grenzen wirft.“ — Wie lange noch, und das Mikrophon ist das kultische Heiligtum der nationalsozialistischen deutschen Einheitskirche.

Kunsterbam. Rein, Fritz Wismard ist nicht der Einzige, der auf Grund des Arierparagrafen aus der Deutschen Adelsgenossenschaft ausscheiden mußte. Seine Großmutter mütterlicherseits war eine englische Jüdin, also aus dem ältesten Adelsgeschlecht der Welt. Jetzt wurden auch die Fürsten Hohenlohe und die Grafen Händel-Tonnermord von der „Eubierung“ erfasst. Über ihre Geschlechterfolge, die sich nun als nicht reinrassig herausstellte, sind wir nicht genau orientiert. Aber immerhin wissen wir jetzt, wieso jener alte Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der Vorgänger Bülow, einer der flüchtigen Leute und befähigten Diplomaten gewesen ist. Der Adelsmarschall der deutschen Adelsgenossenschaft hat nämlich nach Rücksprache mit dem Reichskanzler die Verlegung von Wismars in die zum Jahre 1790 zurück angeordnet. Im Zuge dieser Anordnung haben diejenigen Mitglieder der Adelsgenossenschaft auszuweichen müssen, die selbst oder deren Ehegatten den neuen Bestimmungen der Deutschen Adelsgenossenschaft in bezug auf Reinblütigkeit nicht entsprechen. Sie sehen also: da werden noch viele drangelaufen müssen. Bis jetzt waren es 200.

H. v. R. Auf einer Reise durch Nürnberg ist Ihnen folgender Versuch der nationalsozialistischen Gogo bekannt geworden:

Deutscher!  
Deraus!  
aus D.S.P. und Warenhaus!  
Der deutsche Werkmann leidet Not,  
als Du ihm Arbeit,  
hoff ihm Brot!  
Ein guter Deutscher willst Du sein  
und kauft noch Geld beim Juden ein!  
Trägst Du ein Koches langen Sohn  
zu Sweden, Lieb und Salomon!  
Weh Dir! Du bist Verrat  
am Vaterland!  
Wollt Welche Schand!

Die Gogo ist ein amtliches Organ der NSDAP. Die NSDAP. ist eine amtliche Körperschaft des totenen Staates und der Führer dieses Staates ist der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler. Er aber verliert dem Ausland, daß es einen Judenaufricht in Deutschland nicht gibt. Wer zweifelt noch, daß der deutsche Staatshof stets die lautere Wahrheit sagt?

Zigarettenfreund, Rancu. Sie wollen wissen, ob die nationalsozialistischen „Sturm“-Zigaretten, für die so viel Werbesame gemacht worden sei, noch existieren. Wir können Ihnen leider keine genaue Auskunft geben. Wir wissen nur, daß dieses Propagandainstrument der Nazis ins Hintertreffen geraten ist, seitdem die großen Zigarettenkonzerne wie Reemtsma durch eifrige Eiltellungen ihren Frieden mit dem neuen Regime machten. Diese entfallen eine Propaganda, mit der „Sturm“ nicht mithalten. Die halbe Weltgeißel wurde entfallen, der Rest arbeitet drei Tage in der Woche (früher 5 Schichten!). Aus dem „Sturm“ ist also ein kaum noch sichtbares Rauchwäffchen geworden.

### Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Für den Gesamtinhalts verantwortlich: Johann P. in Dub.  
weiter; für Anzeigen: Otto Kub in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.